



UNTERNEHMEN UND
INDUSTRIE

Die neue **KMU-Definition**

Benutzerhandbuch und Mustererklärung



Europäische
Kommission



**Dieses
Benutzerhandbuch
enthält:**

- ★ Angaben und Erläuterungen zur neuen KMU-Definition, die am 1.1.2005 in Kraft getreten ist;
- ★ eine Mustererklärung, die einzelne Unternehmen selbst ausfüllen können, um bei der Beantragung von Mitteln aus KMU-Förderprogrammen ihren KMU-Status nachzuweisen.

© Europäische Gemeinschaften, 2006
http://europa.eu.int/comm/enterprise/enterprise_policy/sme_definition/index_de.htm

Haftungsausschluss

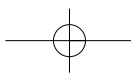
Das vorliegende *KMU-Benutzerhandbuch* soll Unternehmern eine Orientierungshilfe bei der Anwendung der neuen KMU-Definition geben. Es ist nicht rechtsverbindlich und verpflichtet die Kommission in keiner Weise.

Allein maßgeblich für die Bestimmung der Bedingungen zur Einstufung als KMU ist die Empfehlung 2003/361/EG der Kommission, veröffentlicht im *Amtsblatt der Europäischen Union* L 124 vom 20.5.2003, S. 36.



„Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind der Motor der europäischen Wirtschaft. Sie tragen wesentlich zur Entstehung von Arbeitsplätzen bei, fördern den Unternehmergeist und die Innovationstätigkeit in der EU und spielen deshalb eine entscheidende Rolle bei der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit und der Beschäftigung. Die neue KMU-Definition, die am 1. Januar 2005 in Kraft trat, markiert einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für KMU und zielt auf eine Förderung der unternehmerischen Initiative, der Investitionstätigkeit und des Wachstums ab. Sie wurde nach umfangreichen Konsultationen mit den beteiligten Interessenvertretern erstellt, was beweist, dass es bei der erfolgreichen Umsetzung der Lissabon-Ziele entscheidend darauf ankommt, den kleinen und mittleren Unternehmen Gehör zu schenken.“

Günter Verheugen
Mitglied der Europäischen Kommission,
zuständig für Unternehmen und Industrie



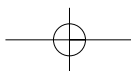
Einführung	5
Die Bedeutung einer europäischen Definition für KMU	6
Ziele des Benutzerhandbuchs	6
1 Warum eine neue Definition?	8
Aktualisierung der Schwellenwerte	8
Förderung von Kleinunternehmen	9
Verbesserung des Kapitalzugangs	9
Innovationsförderung und Verbesserung des Zugangs zu FuE	10
Berücksichtigung der unterschiedlichen Beziehungen zwischen Unternehmen	10
2 Anwendung der neuen KMU-Definition	11
2.1 Bin ich ein Unternehmen?	12
2.2 Welche neuen Schwellenwerte gelten jetzt?	12
2.2.1 Mitarbeiterzahl	15
2.2.2 Jahresumsatz und Jahresbilanzsumme	15
2.3 Was habe ich bei der Berechnung meiner Daten außerdem zu berücksichtigen?	16
2.3.1 Bin ich ein eigenständiges Unternehmen?	16
2.3.2 Bin ich ein Partnerunternehmen?	20
2.3.3 Bin ich ein verbundenes Unternehmen?	23

Fazit	26
--------------	-----------

Anhänge	27
----------------	-----------

I. Beispiele zur Veranschaulichung	28
II. Text der Empfehlung	32
III. Mustererklärung	40
IV. Maßnahmen gegen einen Missbrauch der Definition	50

Inhalt



Einführung

„Die Größenklasse der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) setzt sich aus Unternehmen zusammen, die weniger als 250 Personen beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. EUR beläuft.“

Auszug aus Artikel 2 des Anhangs zur Empfehlung 2003/361/EG

Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) spielen in der europäischen Wirtschaft eine zentrale Rolle. Sie bilden eine wichtige Quelle für unternehmerische Fähigkeiten, Innovation und Beschäftigung. In den 25 Mitgliedstaaten der erweiterten Europäischen Union gibt es etwa 23 Mio. KMU, die rund 75 Mio. Arbeitsplätze stellen und 99 % des Unternehmensbestands ausmachen.

KMU werden jedoch häufig mit Unvollkommenheiten des Marktes konfrontiert. So ergeben sich insbesondere in der Gründungsphase oft Probleme beim Zugang zu Kapital und zu Krediten. Überdies wird durch die begrenzten Ressourcen möglicherweise auch der Zugang zu Technologie und Innovationen erschwert.

Die Unterstützung der KMU ist deshalb eine der Prioritäten der Europäischen Kommission in ihrem Bemühen um wirtschaftliches Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt.



Welche Fördermöglichkeiten gibt es für KMU in der EU?

Einen Überblick über die wichtigsten Finanzierungsmöglichkeiten für KMU in Europa bietet die folgende Internetseite:

europa.eu.int/comm/enterprise/entrepreneurship/sme_envoy/index.htm



Die Bedeutung einer europäischen Definition für KMU

In einem Gemeinsamen Markt ohne Binnengrenzen kommt es darauf an, dass Maßnahmen zugunsten von KMU im Interesse einer höheren Kohärenz und Effizienz und zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen auf einer **gemeinsamen Definition** basieren. Diese Aufgabe stellt sich um so dringlicher, als die einzelstaatlichen und die EU-Fördermaßnahmen für KMU auf vielfältige Weise miteinander verknüpft sind, wie dies z. B. in den Bereichen regionale Entwicklung und Forschungsfinanzierung der Fall ist.

Im Jahr 1996 wurde in einer Empfehlung der Kommission ⁽¹⁾ erstmals eine gemeinsame Definition für KMU aufgestellt, die überall in der Europäischen Union auf breiter Basis Anwendung fand. Am 6. Mai 2003 nahm die Kommission eine neue Empfehlung ⁽²⁾ an, um den wirtschaftlichen Entwicklungen seit 1996 Rechnung zu tragen (der vollständige Text ist im Anhang zu diesem Benutzerhandbuch auf S. 32 ff. beigefügt). Die Empfehlung trat am 1. Januar 2005 in Kraft und wird für alle KMU-spezifischen Politikfelder, Programme und Maßnahmen der Kommission gelten.

Für die Mitgliedstaaten ist die Verwendung der Definition freiwillig; die Kommission fordert sie jedoch gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) und dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) dazu auf, die Definition auf möglichst breiter Basis anzuwenden.

Ziele des Benutzerhandbuchs

In dem vorliegenden Benutzerhandbuch werden die Veränderungen, die sich aus der neuen Definition ergeben, dargelegt und begründet (siehe Kapitel 1, S. 8). Es wird dann erläutert, wie sich Schritt für Schritt ermitteln lässt, ob ein Unternehmen als KMU einzustufen ist (siehe Kapitel 2, S. 11).

⁽¹⁾ Empfehlung 96/280/EG der Kommission vom 3. April 1996 betreffend die Definition der kleinen und mittleren Unternehmen (Text von Bedeutung für den EWR), ABl. L 107 vom 30.4.1996, S. 4-9.

⁽²⁾ Empfehlung 2003/361/EG der Kommission vom 6. Mai 2003 betreffend die Definition der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (Text von Bedeutung für den EWR), ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36-41.



Die Unternehmen in Europa beschäftigen im Durchschnitt nicht mehr als sechs Personen und sind daher größtenteils als KMU anzusehen. In der neuen Definition finden jedoch auch die Beziehungen zu anderen Unternehmen Berücksichtigung, die mitunter darauf schließen lassen, dass es sich nicht um KMU handelt. Das kann insbesondere dann der Fall sein, wenn diese Beziehungen zu signifikanten finanziellen Verflechtungen mit anderen Unternehmen führen.



Das Benutzerhandbuch wendet sich vor allem an zwei Adressatenkreise.

Es richtet sich erstens an die Unternehmensleitungen von Kleinst-, kleinen oder mittleren Unternehmen, die an der Beantragung von Finanzhilfen oder Darlehen für KMU interessiert sind und wissen wollen, ob sie den Kriterien entsprechen, um von den spezifischen Rechtsvorschriften für KMU profitieren zu können.

Den zweiten Adressatenkreis bilden die Behörden auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene, die die verschiedenen Förderprogramme konzipieren und verwalten, die Anträge bearbeiten und gewährleisten, dass die Unternehmen den Förderfähigkeitskriterien entsprechen.

Darüber hinaus gibt es Bemühungen, die Bearbeitung der von den KMU gestellten Anträge auf finanzielle Unterstützung oder Beteiligung an spezifischen Programmen zu erleichtern. Dies wird erreicht durch eine Mustererklärung⁽³⁾ zur Selbstbewertung (eine entsprechende Kopie ist im Anhang III, S. 40, beigefügt), die von den Unternehmen selbst ausgefüllt und dann bei Antragstellung an die zuständige Verwaltungsstelle geschickt werden kann, die den KMU-Status feststellt. Die Verwendung der Erklärung ist sowohl für die Unternehmen als auch für die Verwaltungen in den Mitgliedstaaten freiwillig, und ihr Inhalt kann den nationalen Gepflogenheiten angepasst werden.

⁽³⁾ Mitteilung der Kommission – Muster für eine Erklärung bezüglich der zur Einstufung als KMU erforderlichen Angaben, ABl. C 118 vom 20.5.2003, S. 5-15.

1 Warum eine neue Definition?



Die neue Definition ist das Ergebnis von weit reichenden Diskussionen zwischen der Kommission, den Mitgliedstaaten, Unternehmensverbänden und Experten sowie von zwei öffentlichen Konsultationen im Internet.

Die vorgenommenen Änderungen spiegeln die allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen seit 1996 und eine zunehmende Kenntnis der spezifischen Hürden wider, mit denen KMU konfrontiert sind. Die neue Definition ist besser auf die unterschiedlichen Kategorien von KMU zugeschnitten und ermöglicht es, die verschiedenen Arten von Beziehungen zwischen Unternehmen besser zu berücksichtigen. Sie trägt zur Innovationsförderung und zur Entwicklung von Partnerschaften bei und sorgt gleichzeitig dafür, dass öffentliche Förderprogramme nur auf jene Unternehmen abzielen, die eine Unterstützung tatsächlich benötigen.

Aktualisierung der Schwellenwerte

Die Entwicklung der Preise und der Produktivität machte eine Anpassung der finanziellen Schwellenwerte (*) erforderlich. Sie wurden deutlich angehoben, so dass zahlreiche Unternehmen ihren KMU-Status beibehalten werden und weiterhin

(*) Bei den in der neuen Definition eingeführten Schwellenwerten bezüglich Mitarbeiterzahl und Finanzangaben handelt es sich um Obergrenzen. Die Mitgliedstaaten, die EIB und der EIF können niedrigere Schwellenwerte festlegen, wenn sie Maßnahmen an eine bestimmte Kategorie von KMU richten möchten.



Anspruch auf Unterstützungsmaßnahmen haben. Die Schwellenwerte für die Mitarbeiterzahl bleiben unverändert, da eine Anhebung die speziell auf KMU zugeschnittenen Maßnahmen verwässert hätte.

Förderung von Kleinunternehmen

EU-weit werden immer mehr Kleinunternehmen gegründet. Die neue Definition trägt dieser Entwicklung Rechnung, indem sie für diese Größenklasse gesonderte finanzielle Schwellenwerte festlegt. Damit soll der Beschluss von Maßnahmen gefördert werden, die sich auf die spezifischen Probleme richten, mit denen Kleinunternehmen insbesondere in der Gründungsphase konfrontiert sind.

Verbesserung des Kapitalzugangs

Der Zugang zu Kapital ist ein immer wiederkehrendes Problem für KMU. Das liegt zu einem großen Teil daran, dass sie häufig nicht in der Lage sind, die von den traditionellen Kreditgebern geforderten Garantien zu geben. Um hier Abhilfe zu schaffen, erleichtert die neue Definition die Finanzierung von KMU durch Beteiligungskapital, indem sie eine Begünstigung bestimmter Investoren wie etwa **Regionalfonds, Risikokapitalgesellschaften und „Business Angels“** ^(⁵) ermöglicht, ohne dass das Unternehmen in diesem Fall seinen KMU-Status verliert (Näheres dazu auf S. 18-19).

Das Gleiche gilt für **kleine autonome Gebietskörperschaften** mit einem Jahreshaushalt von weniger als 10 Mio. EUR und weniger als 5000 Einwohnern. Sie können sich als Investor bis zu einem bestimmten Prozentsatz an einem KMU beteiligen, ohne dass dem betreffenden Unternehmen dadurch Nachteile bei der Beantragung von Fördermitteln entstehen.

(⁵) „Business Angels“ lassen sich definieren als natürliche Personen bzw. Gruppen natürlicher Personen, die regelmäßig im Bereich der Risikokapitalinvestition tätig sind und Eigenmittel in nichtbörsennotierte Unternehmen investieren (siehe Artikel 3 Absatz 2 Buchstabe a des Anhangs zur Empfehlung 2003/361/EG betreffend die Definition der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen, der diesem Handbuch beigefügt ist).



© Photo.com

Wie verhält es sich mit der KMU-Unterstützung, die vor dem 1.1.2005 vereinbart wurde?

Während einer Übergangszeit werden die gemeinschaftlichen Förderprogramme, denen gegenwärtig die KMU-Definition aus dem Jahr 1996 zugrunde liegt, fortgeführt und kommen jenen Unternehmen zugute, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieser Programme als KMU angesehen wurden. Rechtsverbindliche Verpflichtungen, die von der Kommission auf der Grundlage dieser Programme eingegangen wurden, bleiben unberührt (siehe Artikel 8 Absatz 2 der Definition, S. 37).

Innovationsförderung und Verbesserung des Zugangs zu Forschung und Entwicklung (FuE)

Für **Universitäten und Forschungszentren ohne Gewinnzweck** gelten jetzt spezifische Bestimmungen, die ihnen eine finanzielle Beteiligung an KMU ermöglichen.

Von dieser Zusammenarbeit profitieren beide Seiten. Das betreffende Unternehmen wird gestärkt, indem es einen potenten Finanzpartner und Zugang zu FuE erhält, während sich für Universitäten und Forschungszentren eine Möglichkeit bietet, ihre Innovationsleistungen in die Praxis umzusetzen.

Berücksichtigung der unterschiedlichen Beziehungen zwischen Unternehmen

Eines der Hauptziele der neuen Definition besteht darin, zu gewährleisten, dass Unterstützungsmaßnahmen nur jenen Unternehmen zugute kommen, die sie tatsächlich benötigen. Es werden deshalb Berechnungsmethoden für die Mitarbeiterzahl und die finanziellen Schwellenwerte eingeführt, die ein realistischeres Bild der wirtschaftlichen Situation eines Unternehmens ermöglichen sollen. Zu diesem Zweck wird jetzt zwischen folgenden Unternehmenstypen unterschieden: eigenständige Unternehmen, Partnerunternehmen und verbundene Unternehmen (siehe Kapitel 2 auf der nächsten Seite). Ferner bietet die neue Definition Schutz vor einem Missbrauch des KMU-Status (siehe Anhang IV, S. 50).

Es werden eindeutige Instruktionen gegeben, wie bestimmte Beziehungen zwischen einem KMU und anderen Unternehmen oder Investoren bei der Berechnung der Finanz- und Personalangaben zu behandeln sind. Im Wesentlichen trägt die neue Definition hier der Tatsache Rechnung, dass ein KMU von der Möglichkeit der Außenfinanzierung Gebrauch machen kann. So könnten z. B. Unternehmen, die mit anderen finanzstarken Unternehmen verbunden sind, die Schwellenwerte überschreiten, so dass sie nicht als KMU eingestuft werden.

2 Anwendung der neuen KMU-Definition



© PhotoDisc

In der neuen Definition wird zwischen drei Kategorien von Unternehmen unterschieden. Sie entsprechen jeweils einer bestimmten Art von Beziehung, die zwei Unternehmen eingehen könnten. Diese Unterscheidung ist notwendig, um sich ein klares Bild von der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens zu verschaffen und um jene auszuschließen, die keine echten KMU sind.

In der Regel sind die meisten KMU **eigenständig**, d. h., sie sind entweder völlig unabhängig, oder es bestehen Partnerschaften mit anderen Unternehmen mit einer oder mehreren Minderheitsbeteiligungen (von jeweils unter 25 %) (siehe Abschnitt 2.3.1, S. 16). Wenn der gehaltene Anteil höher ist, aber 50 % nicht überschreitet, handelt es sich um eine Beziehung zwischen **Partnerunternehmen** (siehe Abschnitt 2.3.2, S. 20). Liegt er über diesem Schwellenwert, sind die Unternehmen miteinander **verbunden** (siehe Abschnitt 2.3.3, S. 23).

Entsprechend der Kategorie, in die Ihr Unternehmen fällt, müssen Sie bei der Berechnung der eigenen Daten möglicherweise Daten von einem oder mehreren anderen Unternehmen einbeziehen. Anhand des Ergebnisses der Berechnungen können Sie überprüfen, ob die in der Definition festgelegten Schwellenwerte bezüglich Mitarbeiterzahl und Finanzangaben eingehalten werden (siehe 2.3, S. 16). Unternehmen, die diese Obergrenzen überschreiten, verlieren ihren KMU-Status.



2.1 Bin ich ein Unternehmen? (Artikel 1) (*)

Die Einstufung als KMU setzt zunächst eine Einstufung als Unternehmen voraus.

Nach der neuen Definition gilt als Unternehmen „jede Einheit, unabhängig von ihrer Rechtsform, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt“.

Die Formulierung ist nicht neu. Sie entspricht der Terminologie, die der Europäische Gerichtshof in seinen Entscheidungen verwendet. Durch die formelle Verankerung in der Empfehlung ist der Geltungsbereich der neuen KMU-Definition jetzt deutlich umrissen. Demnach können Selbständige, Familienbetriebe, Personengesellschaften und Vereinigungen, die regelmäßig einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen, als Unternehmen angesehen werden.

Der bestimmende Faktor ist hier die wirtschaftliche Tätigkeit, nicht die Rechtsform.

2.2 Welche neuen Schwellenwerte gelten jetzt? (Artikel 2)

Nachdem Sie sich davon überzeugt haben, dass Sie ein Unternehmen sind, müssen Sie die Daten für Ihr Unternehmen entsprechend den folgenden drei Kriterien erstellen:

- **Mitarbeiterzahl,**
- **Jahresumsatz,**
- **Jahresbilanzsumme.**

Anhand eines Vergleichs Ihrer Daten mit den Schwellenwerten für die drei Kriterien lässt sich bestimmen, ob Sie ein Kleinunternehmen, ein kleines Unternehmen oder ein mittleres Unternehmen sind.

(*) Die Artikelnummerierung bezieht sich auf den Anhang zur Empfehlung der Europäischen Kommission vom 6. Mai 2003 (siehe Anhang II, S. 32).

Auf welche Daten stütze ich mich?

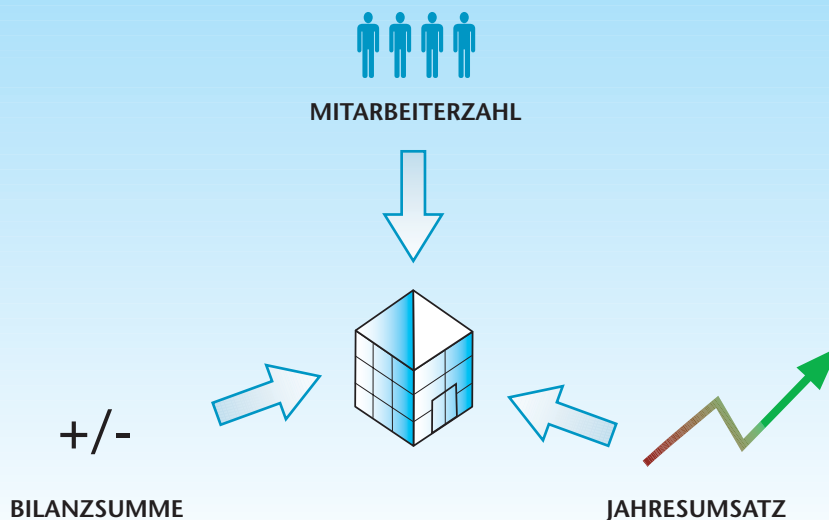
Zur Berechnung der Mitarbeiterzahl und der Finanzangaben sollten Sie die Daten aus dem letzten genehmigten Jahresabschluss zugrunde legen. Bei neu gegründeten Unternehmen, für die noch kein genehmigter Jahresabschluss vorliegt, sollten die entsprechenden Daten im Laufe des Geschäftsjahres nach Treu und Glauben geschätzt werden (siehe Artikel 4, S. 36).

An dieser Stelle ist anzumerken, dass die Schwellenwerte für die Mitarbeiterzahl unbedingt zu beachten sind, während es darüber hinaus den KMU freisteht, **entweder** den Schwellenwert für den Umsatz **oder** den Schwellenwert für die Bilanzsumme einzuhalten. Sie müssen die Obergrenzen **nicht in beiden** Fällen einhalten und verlieren bei Überschreitung in einem der Fälle nicht den KMU-Status.

Diese Wahlmöglichkeit wurde in die neue Definition aufgenommen, weil Unternehmen im Bereich Handel und Vertrieb naturgemäß höhere Umsatzzahlen verzeichnen als Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes. Die Option zwischen diesem Kriterium und der Bilanzsumme, die das Gesamtvermögen eines Unternehmens widerspiegelt, gewährleistet eine faire Behandlung von KMU in unterschiedlichen Wirtschaftszweigen.

Wie aus der Tabelle auf S. 14 hervorgeht, umfasst die Kategorie der Kleinunternehmen, kleinen Unternehmen und mittleren Unternehmen jene Unternehmen, die weniger als 250 Personen beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. EUR beläuft.

DEFINITION VON KMU ANHAND VON



Innerhalb dieser Kategorie gilt Folgendes:

Kleine Unternehmen werden definiert als Unternehmen, die weniger als 50 Personen beschäftigen und deren Jahresumsatz bzw. Jahresbilanzsumme höchstens 10 Mio. EUR beträgt.

Kleinstunternehmen werden definiert als Unternehmen, die weniger als zehn Personen beschäftigen und deren Jahresumsatz bzw. Jahresbilanzsumme höchstens 2 Mio. EUR beträgt.

DIE NEUEN SCHWELLENWERTE (Artikel 2)

Größenklasse	Mitarbeiterzahl: Jahresarbeits- einheit (JAE)	Jahresumsatz	Jahresbilanz- summe
Mittleres Unternehmen	< 250	≤ 50 Mio. EUR (1996: 40 Mio. EUR)	≤ 43 Mio. EUR (1996: 27 Mio. EUR)
Kleines Unternehmen	< 50	≤ 10 Mio. EUR (1996: 7 Mio. EUR)	≤ 10 Mio. EUR (1996: 5 Mio. EUR)
Kleinst- unternehmen	< 10	≤ 2 Mio. EUR (bisher nicht definiert)	≤ 2 Mio. EUR (bisher nicht definiert)

Wie ist der Begriff „Arbeitnehmer“ definiert?

Es gelten hier die nationalen Arbeitsrechtsvorschriften, die von Land zu Land verschieden sind. Das betrifft z. B. vorübergehend Beschäftigte, die als unabhängige Auftragnehmer arbeiten oder von einer Beschäftigungsagentur vermittelt werden. Sie sollten bei Ihren zuständigen Behörden in Erfahrung bringen, wie der Begriff „Arbeitnehmer“ in der Arbeitsgesetzgebung Ihres Landes definiert ist.

*Einzelheiten zur Kontaktaufnahme mit der für Sie zuständigen nationalen Behörde finden Sie unter folgender Internet-Adresse:
europa.eu.int/comm/employment_social/esf2000/contacts-de.htm*

2.2.1. Mitarbeiterzahl (Artikel 5)

Die Mitarbeiterzahl ist ein erstes wichtiges Kriterium, das darüber entscheidet, in welche Kategorie ein KMU fällt.

Es werden Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte sowie Saisonarbeitskräfte berücksichtigt. Dazu zählen:

- Lohn- und Gehaltsempfänger;
- für das Unternehmen tätige Personen, die in einem Unterordnungsverhältnis zu diesem stehen und nach nationalem Recht als Arbeitnehmer gelten;
- mitarbeitende Eigentümer;
- Teilhaber, die eine regelmäßige Tätigkeit in dem Unternehmen ausüben und finanzielle Vorteile aus dem Unternehmen ziehen.

Auszubildende oder in der beruflichen Ausbildung stehende Personen, die einen Lehr- bzw. Berufsausbildungsvertrag haben, sind nicht als Mitarbeiter zu zählen. Unberücksichtigt bleiben auch Personen im Mutterschafts- bzw. Elternurlaub.

Die Mitarbeiterzahl wird in Jahresarbeitseinheiten (JAE) angegeben. Jede Vollzeitarbeitskraft, die während des gesamten Berichtsjahres in Ihrem Unternehmen oder für Ihr Unternehmen tätig war, zählt als eine Einheit. Für Teilzeit- und Saisonarbeitskräfte sowie für Personen, die nicht das gesamte Jahr gearbeitet haben, ist jeweils der entsprechende Bruchteil einer Einheit zu zählen.

2.2.2 Jahresumsatz und Jahresbilanzsumme (Artikel 4)

Zur Ermittlung des Jahresumsatzes berechnen Sie die Verkaufs- und Dienstleistungserlöse, die Ihr Unternehmen während des betreffenden Jahres unter Berücksichtigung aller Erlösschmälerungen erzielt hat. Die Mehrwertsteuer (MwSt.) und andere indirekte Steuern sollten nicht in den Umsatz einfließen ⁽⁶⁾.

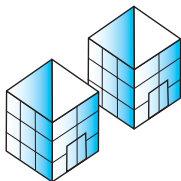
Die Jahresbilanzsumme bezieht sich auf die Hauptvermögenswerte Ihres Unternehmens ⁽⁷⁾.

⁽⁶⁾ Siehe Artikel 28 der Richtlinie 78/660/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 aufgrund von Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g des Vertrags über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen, ABl. L 222 vom 14.8.1978, S. 11-31.

⁽⁷⁾ Weitere Einzelheiten siehe Artikel 12 Absatz 3 der Richtlinie 78/660/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 aufgrund von Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g des Vertrags über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen, ABl. L 222 vom 14.8.1978, S. 11-31.

Was geschieht, wenn mein Unternehmen einen bestimmten Schwellenwert überschreitet?

Sollten Sie im Laufe des Berichtsjahres die Schwellenwerte bezüglich Mitarbeiterzahl und Finanzangaben überschreiten, so hat dies keine Auswirkungen auf die Einstufung Ihres Unternehmens. Der zu Beginn des Jahres bestehende KMU-Status bleibt erhalten. Sie verlieren diesen Status jedoch, wenn die Schwellenwerte in zwei aufeinander folgenden Rechnungslegungszeiträumen überschritten werden. Im umgekehrten Fall erwerben Sie den KMU-Status, wenn Sie als ehemals großes Unternehmen die Schwellenwerte in zwei aufeinander folgenden Rechnungslegungsperioden unterschreiten^(*) (siehe Artikel 4 Absatz 2, S. 36).



2.3 Was habe ich bei der Berechnung meiner Daten außerdem zu berücksichtigen?

Um die individuellen Daten für Ihr Unternehmen feststellen zu können, müssen Sie ermitteln, ob Ihr Unternehmen – wie in den weitaus meisten Fällen – **eigenständig** ist, oder ob es sich um ein **Partnerunternehmen** oder um ein **verbundenes Unternehmen** handelt. Dabei sind alle Beziehungen zu berücksichtigen, die Ihr Unternehmen mit anderen Unternehmen unterhält. In Abhängigkeit von der Kategorie, in die Ihr Unternehmen fällt, müssen Sie dann zu Ihren eigenen Daten einige oder alle Daten der anderen Unternehmen hinzufügen. Für die drei Unternehmenstypen sind jeweils unterschiedliche Berechnungen anzustellen, die letztlich darüber Auskunft geben, ob Ihr Unternehmen den in der KMU-Definition festgelegten Schwellenwerten entspricht.

Unternehmen, die einen konsolidierten Abschluss erstellen oder in den konsolidierten Abschluss eines anderen Unternehmens einbezogen werden, gelten in der Regel als verbundene Unternehmen.

2.3.1 Bin ich ein eigenständiges Unternehmen? (Artikel 3.1)

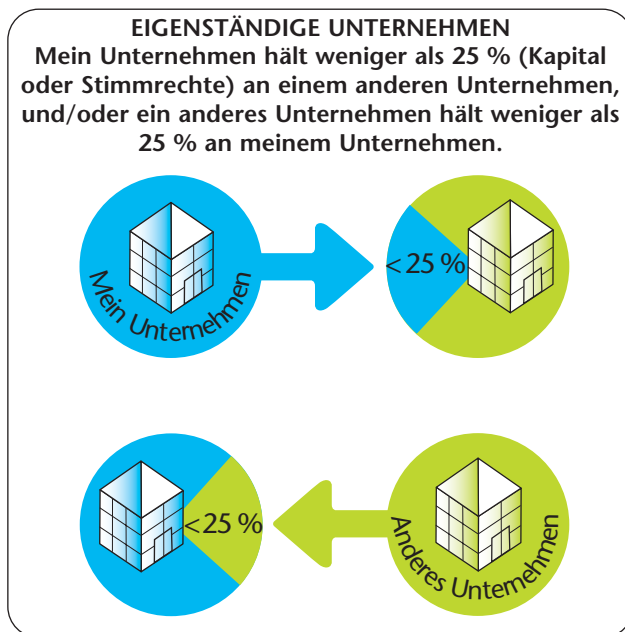
Definition

Sie sind ein eigenständiges Unternehmen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- Sie sind völlig unabhängig, d. h., Sie sind nicht an anderen Unternehmen beteiligt, und es gibt keine Beteiligung anderer Unternehmen an Ihrem Unternehmen.
- Sie halten weniger als 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte (unter Berücksichtigung des jeweils höheren Anteils) an einem oder mehreren anderen Unternehmen, und/oder Außenstehende halten weniger als 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte (unter Berücksichtigung des jeweils höheren Anteils) an Ihrem Unternehmen.

Eigenständigkeit bedeutet, dass Sie weder Partner eines anderen Unternehmens noch mit einem anderen Unternehmen verbunden sind (siehe Artikel 3 Absatz 1, S. 35).

^(*) Wenn Sie die Mustererklärung ausfüllen, sollten Sie angeben, ob sich bei Ihren Daten Veränderungen gegenüber der zurückliegenden Rechnungslegungsperiode ergeben haben, die eine andere Einstufung Ihres Unternehmens (als Kleinunternehmen, kleines Unternehmen, mittleres Unternehmen oder großes Unternehmen) zur Folge haben könnten (siehe die am Ende des Benutzerhandbuchs beigefügte Mustererklärung).



Anmerkung: Auch bei mehreren Investoren mit Beteiligungen von jeweils unter 25 % kann Ihr Unternehmen eigenständig sein, sofern es sich bei diesen Investoren nicht um miteinander verbundene Unternehmen im Sinne von Abschnitt 2.3.3 handelt. Sind die Investoren miteinander verbunden, so werden Sie in Abhängigkeit von Ihrer individuellen Situation möglicherweise als Partnerunternehmen oder als verbundenes Unternehmen eingestuft (zur Veranschaulichung siehe Schaubild auf S. 30).

Feststellung der Daten für mein Unternehmen *(Artikel 6 Absatz 1)*

Wenn Sie ein eigenständiges Unternehmen sind, prüfen Sie die Einhaltung der auf S. 14 unter Punkt 2.2 aufgeführten Schwellenwerte nur anhand der Beschäftigtenzahl und der in ihrem Jahresabschluss enthaltenen Finanzangaben.

Was sind institutionelle Anleger?

Seitens der Europäischen Kommission gibt es für den Begriff „institutionelle Anleger“ keine offizielle Definition. Es handelt sich hier in der Regel um Investoren, die im Auftrag zahlreicher einzelner Kleinanleger mit großen Mengen von Wertpapieren handeln und die an der Geschäftsführung der Unternehmen, in die sie investieren, nicht unmittelbar beteiligt sind. So können z. B. Investmentfonds und Pensionsfonds als institutionelle Anleger angesehen werden.

Ausnahmen (Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben a-d)

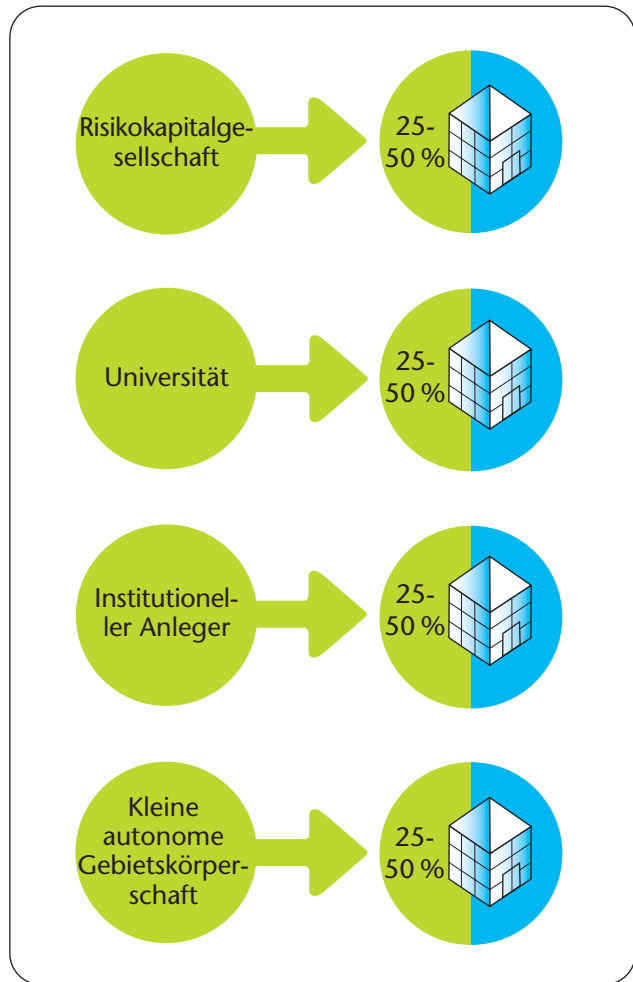
Sie können selbst dann noch als eigenständiges Unternehmen und somit als Unternehmen ohne Partnerunternehmen gelten, wenn der genannte Schwellenwert von 25 % von folgenden Kategorien von Investoren erreicht oder überschritten wird:

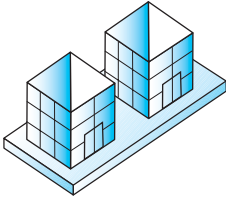
- staatliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften und „Business Angels“^(*);
- Universitäten und Forschungszentren ohne Gewinnzweck;
- institutionelle Anleger einschließlich regionaler Entwicklungsfonds;
- autonome Gebietskörperschaften mit einem Jahreshaushalt von weniger als 10 Mio. EUR und weniger als 5000 Einwohnern.

Es besteht somit die Möglichkeit, dass Ihr Unternehmen auch bei Beteiligung eines oder mehrerer der genannten Investoren eigenständig bleibt. Deren Anteil am Unternehmen kann – unter der Voraussetzung, dass sie nicht miteinander verbunden sind – bis zu 50 % betragen (Näheres zum Begriff der verbundenen Unternehmen unter Punkt 2.3.3, S. 23).

Die einzelnen Investoren haben natürlich ihre Rechte als Anteilseigner, können aber darüber hinaus keinen Einfluss auf die Leitung des Unternehmens nehmen, im Sinne von Artikel 3 Absatz 3 der Definition („verbundene Unternehmen“).

^(*) Zur Definition des Begriffs „Business Angel“ siehe Fußnote 5 auf S. 9. Die finanzielle Beteiligung von „Business Angels“ an einem Unternehmen muss unter 1 250 000 EUR liegen.





2.3.2 Bin ich ein Partnerunternehmen? (Artikel 3 Absatz 2)

Im Rahmen dieser Art von Unternehmensbeziehungen gehen die Unternehmen umfangreiche Finanzpartnerschaften mit anderen Unternehmen ein, ohne dass ein Unternehmen dabei unmittelbar oder mittelbar eine tatsächliche Kontrolle über ein anderes ausübt. Partnerunternehmen sind weder eigenständig noch miteinander verbunden.

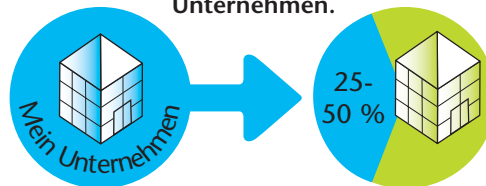
Definition

Sie sind ein Partnerunternehmen, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- Sie halten mindestens 25 % des Kapitals oder der Stimmrechte an einem anderen Unternehmen, und/oder ein anderes Unternehmen hält einen Anteil von mindestens 25 % an Ihrem Unternehmen;
- Sie sind nicht mit einem anderen Unternehmen verbunden (siehe Abschnitt 2.3.3, S. 23). Das bedeutet unter anderem, dass Ihr Anteil an den Stimmrechten in dem anderen Unternehmen (oder umgekehrt) höchstens 50 % beträgt.

PARTNERUNTERNEHMEN

Mein Unternehmen hält mindestens 25 %, jedoch nicht mehr als 50 % an einem anderen Unternehmen, und/oder ein anderes Unternehmen hält mindestens 25 %, jedoch nicht mehr als 50 % an meinem Unternehmen.



Was geschieht mit den Daten der Partner meines Partnerunternehmens?

Um Ihnen langwierige komplizierte Berechnungen zu ersparen, ist in der Definition folgende Regel vorgesehen: Hat Ihr Partnerunternehmen selbst weitere Partner, so addieren Sie nur die Daten des bzw. der Ihrem Unternehmen unmittelbar vor- oder nachgelagerten Partnerunternehmen (siehe Artikel 6 Absatz 2, S. 37, sowie Schaubild auf S. 29).

Wie verfare ich, wenn mein Partnerunternehmen mit einem anderen Unternehmen verbunden ist?

In diesem Fall sind die Daten des verbundenen Unternehmens zu 100 % in die Daten Ihres Partnerunternehmens einzubeziehen (siehe Abschnitt 2.3.3, S. 23). Zu den eigenen Daten addieren Sie dann den Prozentsatz, der dem von Ihrem Partnerunternehmen gehaltenen Anteil entspricht (siehe Artikel 6 Absatz 3, S. 37, sowie Abbildungen auf S. 28-30).

Feststellung der Daten für mein Unternehmen

(Artikel 6 Absätze 2, 3 und 4)

Wenn Sie ein Partnerunternehmen sind, müssen Sie bei der Klärung des KMU-Status die Mitarbeiterzahl und die Finanzangaben des anderen Unternehmens anteilmäßig zu den eigenen Daten addieren. Dieser Anteil spiegelt den Prozentsatz der gehaltenen Aktien oder Stimmrechte unter Berücksichtigung des jeweils höheren Prozentsatzes wider.

Beträgt Ihr Anteil an einem anderen Unternehmen 30 %, so addieren Sie 30 % der Mitarbeiterzahl, des Umsatzes und der Bilanzsumme dieses Unternehmens zu Ihren eigenen Daten. Bei mehreren Partnerunternehmen ist die gleiche Berechnung für jedes der Partnerunternehmen anzustellen, das Ihrem Unternehmen unmittelbar vor- oder nachgelagert ist.

Verfahrensweise bei öffentlichen Stellen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts

(Artikel 3 Absatz 4)

Nach der neuen Definition ist ein Unternehmen nicht als KMU anzusehen, wenn mindestens 25 % seines Kapitals oder seiner Stimmrechte unmittelbar oder mittelbar von einer oder mehreren öffentlichen Stellen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts einzeln oder gemeinsam kontrolliert werden. Dies wurde so festgelegt, weil die betreffenden Unternehmen durch eine Beteiligung der öffentlichen Hand bestimmte Vorteile, insbesondere finanzieller Art, gegenüber jenen Unternehmen erlangen könnten, die sich durch privates Beteiligungskapital finanzieren. Außerdem ist es oft nicht möglich, die entsprechenden Personal- und Finanzdaten für öffentliche Stellen bzw. Körperschaften des öffentlichen Rechts zu berechnen.

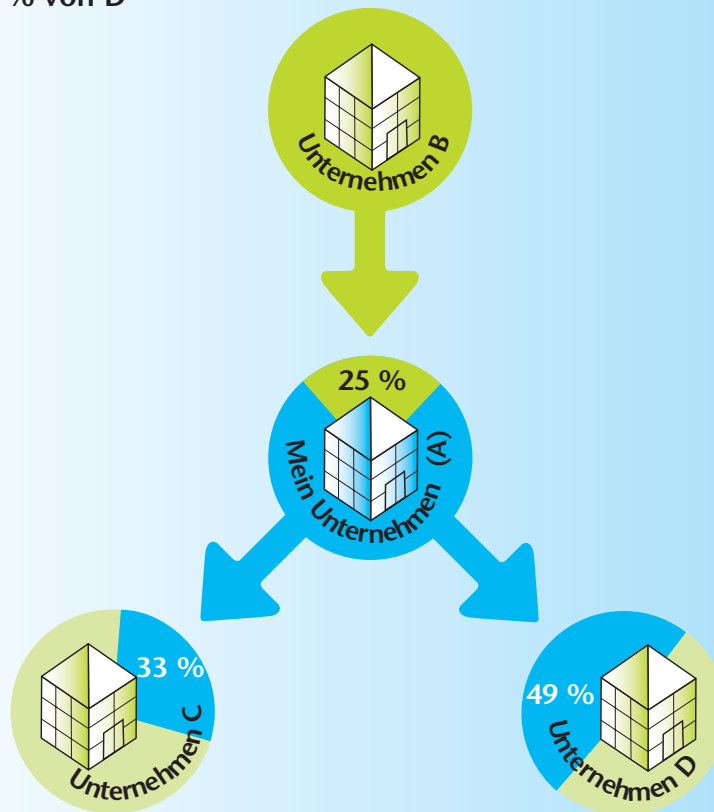
Die auf S. 18-19 aufgeführten Investoren, wie etwa Universitäten oder autonome Gebietskörperschaften, die nach nationalem Recht den Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft haben, sind von dieser Regelung nicht betroffen. Sie können sich mit einem Anteil zwischen 25 % und 50 % an einem Unternehmen beteiligen, ohne das dieses dadurch seinen KMU-Status verliert.

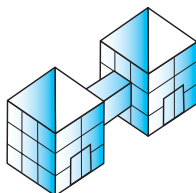
Verfahren zur Berechnung der Daten für Partnerunternehmen

(Die nachstehenden Prozentangaben dienen lediglich der Veranschaulichung. Weitere Beispiele dazu finden sich im Anhang I.)

Mein Unternehmen A hält 33 % an C und 49 % an D, während B einen Anteil von 25 % an meinem Unternehmen hält. Zur Berechnung der Mitarbeiterzahl und der Finanzangaben addiere ich die entsprechenden Prozentsätze der Daten für B, C und D zu meinen Gesamtdaten.

MEIN GESAMTERGEBNIS = 100 % von A + 25 % von B + 33 % von C + 49 % von D





2.3.3 Bin ich ein verbundenes Unternehmen? (Artikel 3 Absatz 3)

Diese Art von Beziehungen entspricht der wirtschaftlichen Situation von Unternehmen, die eine Unternehmensgruppe bilden durch unmittelbare oder mittelbare Kontrolle der Mehrheit des Kapitals bzw. der Stimmrechte an einem Unternehmen durch ein anderes Unternehmen oder aufgrund der Fähigkeit, einen beherrschenden Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben. Fälle dieser Art sind daher im Vergleich zu den beiden zuvor erörterten Typen von Unternehmen weniger häufig anzutreffen.

Definition

Zwei oder mehrere Unternehmen sind miteinander verbunden, wenn sie eine der folgenden Beziehungen eingehen:

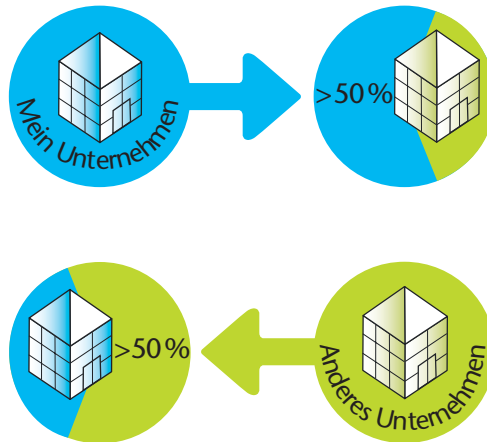
- Ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Aktionäre oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens;
- ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzurufen;
- ein Unternehmen kann aufgrund eines zwischen den Unternehmen geschlossenen Vertrags oder durch eine Klausel in der Satzung eines der Unternehmen einen beherrschenden Einfluss auf das andere Unternehmen ausüben;
- ein Unternehmen kann kraft einer Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte der Aktionäre oder Gesellschafter in einem anderen Unternehmen ausüben.

Ein typisches Beispiel für ein verbundenes Unternehmen ist die zu 100 % im Besitz der Muttergesellschaft befindliche Tochtergesellschaft.

Wie verhält es sich bei Franchisebeziehungen?

Besteht zwischen zwei Unternehmen eine Franchisebeziehung, so muss es sich nicht zwangsläufig um verbundene Unternehmen handeln. Entscheidend ist, was in dem jeweiligen Franchisevertrag vereinbart wird. Die Unternehmen gelten nur dann als verbunden, wenn der Vertrag eine der auf der Vorseite aufgeführten Beziehungen beinhaltet.

VERBUNDENE UNTERNEHMEN
Mein Unternehmen hält mehr als 50 % der Stimmrechte der Aktionäre oder Gesellschafter in einem anderen Unternehmen, und/oder ein anderes Unternehmen hält mehr als 50 % an meinem Unternehmen.

**Erstellung der Daten für mein Unternehmen**
(Artikel 6 Absatz 2, 3 und 4)

Um feststellen zu können, ob die Mitarbeiterzahl und die Finanzangaben den in der Definition festgelegten Schwellenwerten entsprechen, müssen Sie 100 % der Daten des verbundenen Unternehmens zu den eigenen Daten addieren.

Ein Unternehmen weiß in der Regel sofort, dass es ein verbundenes Unternehmen ist, da es in den meisten Mitgliedstaaten per Gesetz verpflichtet ist, einen konsolidierten Abschluss zu erstellen, oder durch Konsolidierung in den Abschluss eines anderen Unternehmens einbezogen wird.

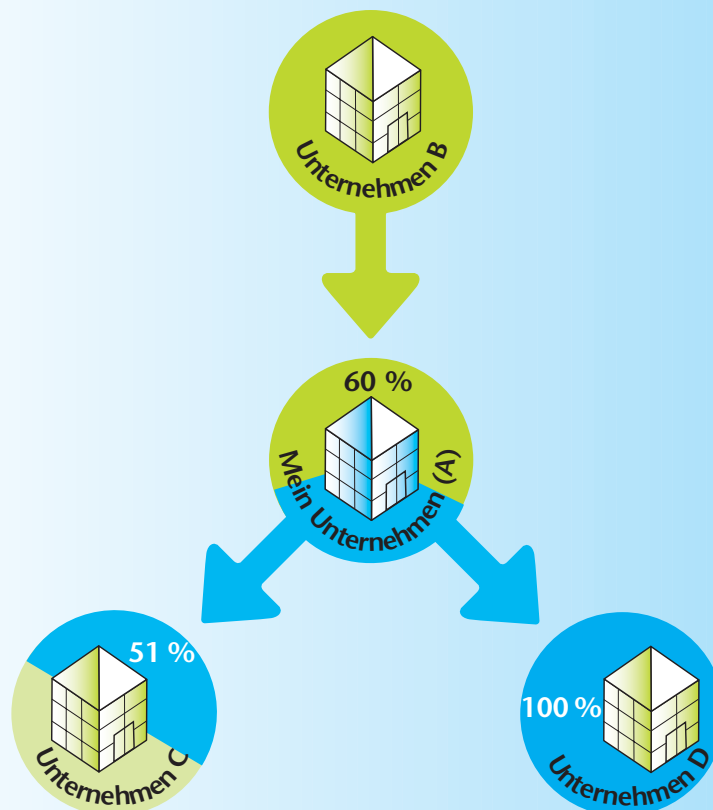
Wenn Sie keinen konsolidierten Abschluss erstellen und das Unternehmen, mit dem Sie verbunden sind, außerdem in einer Kette mit anderen Unternehmen verbunden ist, müssen 100 % der Daten von sämtlichen verbundenen Unternehmen zu Ihren Daten addiert werden.

Verfahren zur Berechnung der Daten für verbundene Unternehmen

(Die nachstehenden Prozentangaben dienen lediglich der Veranschaulichung. Weitere Beispiele dazu finden sich im Anhang I.)

Mein Unternehmen A hält 51 % an C und 100 % an D, während B einen Anteil von 60 % an meinem Unternehmen hält. Da der gehaltene Anteil in jedem einzelnen Fall mehr als 50 % beträgt, stütze ich mich bei der Berechnung der Mitarbeiterzahl und der Finanzangaben auf 100 % der Daten jedes der vier Unternehmen.

MEIN GESAMTERGEBNIS = 100 % von A + 100 % von B + 100 % von C + 100 % von D



Fazit

Die Definition ist ein wichtiges Instrument bei der Durchführung wirksamer Maßnahmen und Programme zur Förderung der Entwicklung und des Erfolgs von KMU. Die Mitgliedstaaten sowie die Europäische Investitionsbank und der Europäische Investitionsfonds werden deshalb dazu aufgefordert, die Definition auf möglichst breiter Basis anzuwenden.

Wir erhoffen uns von dem Leitfaden einen praktischen Nutzen für KMU, die die gemäß der neuen Definition getroffenen Maßnahmen europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Behörden in Anspruch nehmen wollen.

Es ist nicht auszuschließen, dass die neue Definition künftig weiter angepasst wird. Sofern erforderlich, wird die Kommission in den kommenden Jahren Änderungen vornehmen, um den gewonnenen Erfahrungen und den wirtschaftlichen Entwicklungen in der Europäischen Union Rechnung zu tragen.

Der Text der Empfehlung der Kommission aus dem Jahr 2003 und das Muster für eine Erklärung sind auf S. 32 ff. abgedruckt.



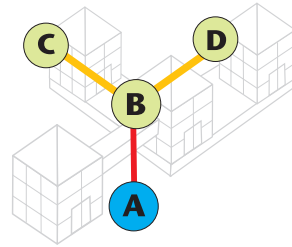
Anhänge

- I. Beispiele zur Veranschaulichung
- II. Text der Empfehlung
- III. Mustererklärung
- IV. Maßnahmen gegen einen Missbrauch der Definition

Im ABl. C 118 vom 20.5.2003 wurde eine Mitteilung veröffentlicht, die eine Mustererklärung enthält. Seither sind zwei Korrigenda dazu erschienen. Die im Anhang beigefügte konsolidierte Fassung wurde speziell für dieses Benutzerhandbuch erstellt.

Beispiel 1:

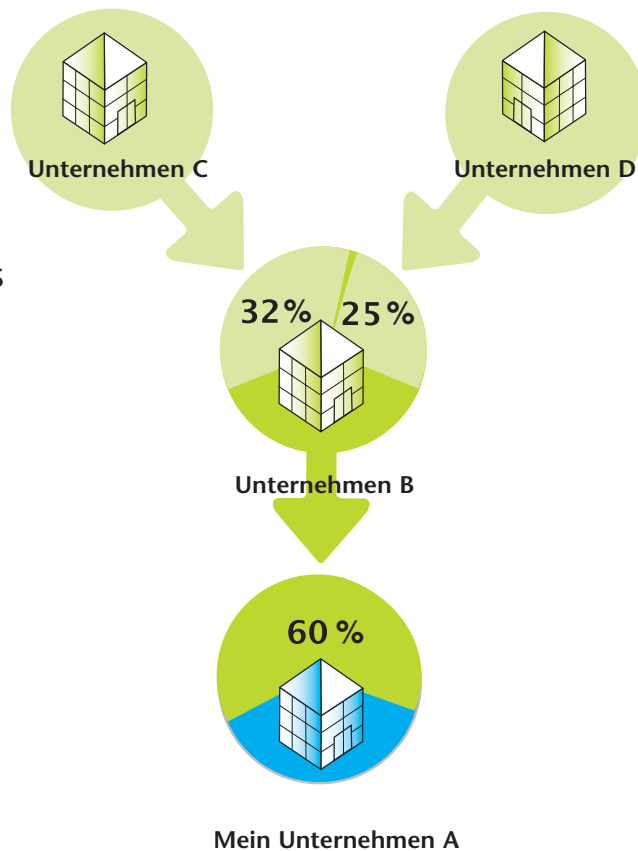
Mein Unternehmen A ist mit dem Unternehmen B **verbunden**, das einen Anteil von 60 % an meinem Unternehmen hält. B hat außerdem zwei **Partner**, die Unternehmen C und D, die Anteile von 32 % bzw. 25 % an B halten.



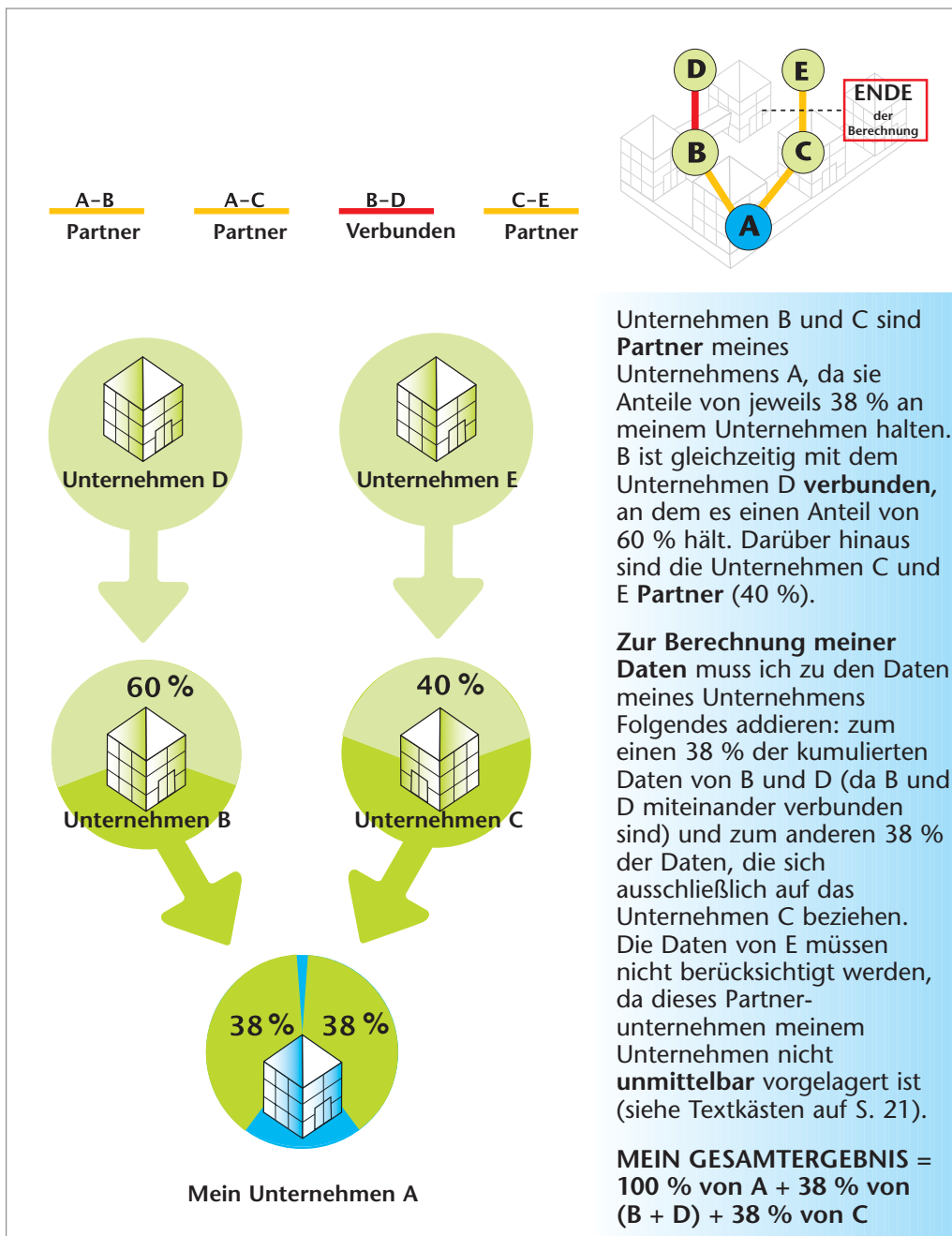
A-B **B-C** **B-D**
 Verbunden Partner Partner

Zur Berechnung meiner Daten muss ich zu den Daten meines Unternehmens Folgendes addieren: 100 % der Daten von B plus 32 % der Daten von C plus 25 % der Daten von D.

MEIN GESAMTERGEBNIS
 = 100 % von A + 100 % von B + 32 % von C + 25 % von D

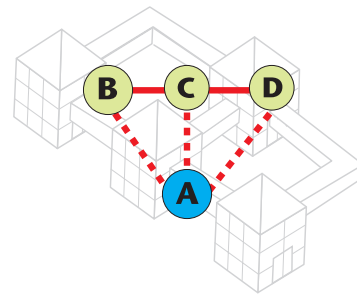


Beispiel 2:



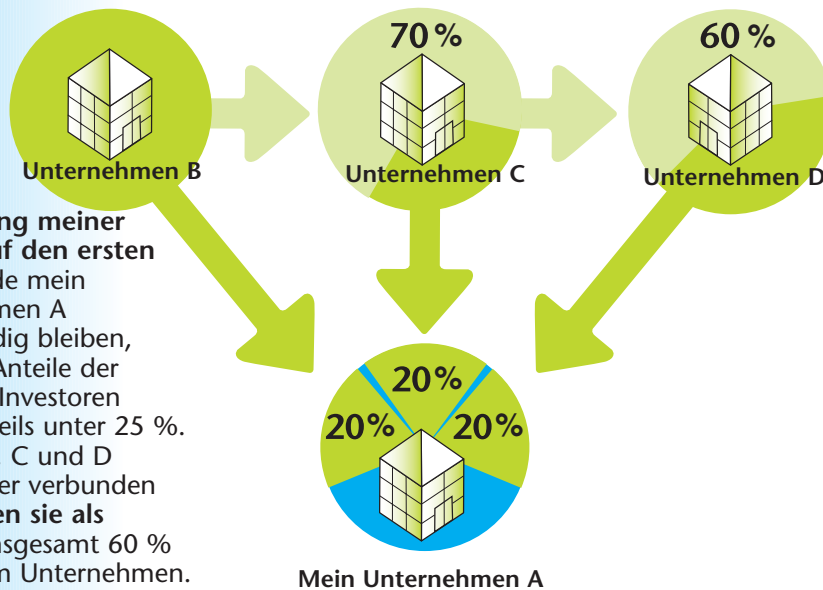
Beispiel 3:

An meinem Unternehmen A beteiligen sich die drei Investoren B, C und D, die jeweils 20 % des Kapitals oder der Stimmrechte halten. Die Investoren selbst sind miteinander verbunden und bilden eine **Gruppe verbundener Unternehmen**: B hält einen Anteil von 70 % an C, das wiederum einen Anteil von 60 % an D hält.



Verbunden

Auf den ersten Blick eigenständig, aber verbunden mit einer Unternehmensgruppe



Berechnung meiner Daten: Auf den ersten Blick würde mein Unternehmen A eigenständig bleiben, denn die Anteile der einzelnen Investoren liegen jeweils unter 25 %. Da aber B, C und D miteinander verbunden sind, **halten sie als Gruppe** insgesamt 60 % an meinem Unternehmen. Ich muss daher zu den Daten des eigenen Unternehmens 100 % der Daten von B, C und D addieren.

MEIN GESAMTERGEBNIS = 100 % von A + 100 % von B + 100 % von C + 100 % von D

- II. Text der Empfehlung
- III. Mustererklärung
- IV. Maßnahmen gegen einen
Missbrauch der Definition

KOMMISSION

EMPFEHLUNG DER KOMMISSION

vom 6. Mai 2003

betreffend die Definition der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2003) 1422)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2003/361/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 211 zweiter Gedankenstrich,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) In einem dem Rat im Jahr auf Anfrage des Industrieministerrates vom 28. Mai 1990 vorgelegten Bericht hatte die Kommission vorgeschlagen, die Vielzahl der auf Gemeinschaftsebene verwendeten Definitionen von kleinen und mittleren Unternehmen zu reduzieren. Die Empfehlung 96/280/EG der Kommission vom 3. April 1996 betreffend die Definition der kleinen und mittleren Unternehmen⁽¹⁾ beruhte also auf der Auffassung, dass das Nebeneinander verschiedener Definitionen auf der Ebene der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten zu Inkohärenzen führen könnte. Im Rahmen eines Gemeinsamen Marktes ohne Binnengrenzen wurde bereits davon ausgegangen, dass es für die Behandlung der Unternehmen einen Grundstock gemeinsamer Regeln geben muss. Die Weiterverfolgung eines solchen Ansatzes ist umso notwendiger, als es zahlreiche Überschneidungen zwischen den auf nationaler und auf Gemeinschaftsebene getroffenen Maßnahmen zugunsten der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gibt — was z. B. für die Struktur- und Forschungsfonds gilt — und weil vermieden werden muss, dass die Gemeinschaft ihre Maßnahmen auf eine andere Art von KMU ausrichtet als die Mitgliedstaaten. Des Weiteren war man der Auffassung, dass die Verwendung ein und derselben Definition durch die Kommission, die Mitgliedstaaten, die Europäische Investitionsbank (EIB) und den Europäischen Investitionsfonds (EIF) Kohärenz und Effizienz aller politischen Maßnahmen zugunsten der KMU steigern und auf diese Weise die Gefahr von Wettbewerbsverzerrungen mindern würde.
- (2) Die Empfehlung 96/280/EG wurde von den Mitgliedstaaten weitgehend angewandt und die in ihrem Anhang enthaltene Definition wurde unter anderem in die Verordnung (EG) Nr. 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere Unternehmen übernommen⁽²⁾. Über die erforderliche

Anpassung an die veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten hinaus, wie sie in Artikel 2 der genannten Empfehlung vorgesehen war, gilt es jedoch, etliche bei der Anwendung aufgetretene Interpretationsprobleme sowie die von den Unternehmen übermittelten Bemerkungen zu berücksichtigen. In Anbetracht der zahlreichen Änderungen, die daraufhin an der Empfehlung 96/280/EG vorgenommen werden sollten, und aus Gründen der Klarheit ist die genannte Empfehlung durch einen neuen Text zu ersetzen.

- (3) Im Übrigen ist gemäß den Artikeln 48, 81 und 82 EG-Vertrag in ihrer Auslegung durch den Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften unabhängig von der Rechtsform jede Einheit als Unternehmen anzusehen, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt, insbesondere also auch die Einheiten, die als Einpersonen- oder Familienbetriebe eine handwerkliche Tätigkeit oder andere Tätigkeiten ausüben, sowie Personengesellschaften oder Vereinigungen, die regelmäßig einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen.
- (4) Das Kriterium der Mitarbeiterzahl bleibt mit Sicherheit eines der aussagekräftigsten und muss als Hauptkriterium festgeschrieben werden, wobei jedoch ein finanzielles Kriterium eine notwendige Ergänzung darstellt, um die tatsächliche Bedeutung eines Unternehmens, seine Leistungsfähigkeit und seine Wettbewerbssituation beurteilen zu können. Allerdings wäre davon abzuraten, als einziges finanzielles Kriterium den Umsatz heranzuziehen — allein schon deshalb, weil der Umsatz der Handelsunternehmen und des Vertriebs naturgemäß über dem des verarbeitenden Gewerbes liegt. Das Kriterium des Umsatzes muss also mit dem der Bilanzsumme kombiniert werden, das die Gesamtheit des Wertes eines Unternehmens widerspiegelt, wobei bei einem dieser Kriterien die festgelegte Grenze überschritten werden darf.
- (5) Der Schwellenwert für den Umsatz gilt für Unternehmen, die sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Tätigkeiten nachgehen. Um den Nutzen, der sich aus der Anwendung der Definition ergibt, nicht unnötig zu schmälern, ist eine Aktualisierung angebracht, bei der die Entwicklung der Preise und der Produktivität gleichermaßen zu berücksichtigen ist.

⁽¹⁾ ABl. L 107 vom 30.4.1996, S. 4.

⁽²⁾ ABl. L 10 vom 13.1.2001, S. 33.

- (6) Da in Bezug auf den Schwellenwert für die Bilanzsumme keine neuen Erkenntnisse vorliegen, ist die Beibehaltung Ansatzes gerechtfertigt, der darin besteht, auf den Schwellenwert für den Umsatz einen auf dem statistischen Verhältnis zwischen diesen beiden Variablen beruhenden Koeffizienten anzuwenden. Die festgestellte statistische Entwicklung lässt eine stärkere Anhebung des Schwellenwertes für den Umsatz geboten erscheinen. Da diese Entwicklung je nach Größenklasse der Unternehmen unterschiedlich stark ausgeprägt ist, gilt es zudem, diesen Koeffizienten so zu staffeln, dass der wirtschaftlichen Entwicklung im Rahmen des Möglichen Rechnung getragen wird und die Kleinst- und Kleinunternehmen gegenüber den mittleren Unternehmen nicht benachteiligt werden. Dieser Koeffizient liegt im Falle der Kleinst- und Kleinunternehmen sehr nahe bei 1. Der Einfachheit halber ist daher bei diesen beiden Größenklassen sowohl für den Umsatz als auch für die Bilanzsumme der gleiche Schwellenwert festzulegen.
- (7) Wie schon in der Empfehlung 96/280/EG handelt es sich bei den Finanz- und Mitarbeiterschwellenwerten um Obergrenzen, und die Mitgliedstaaten, die EIB sowie der EIF können unter den Gemeinschaftsschwellen liegende Schwellenwerte festsetzen, um Maßnahmen auf eine bestimmte Kategorie von KMU auszurichten. Aus Gründen der Vereinfachung der Verwaltungsverfahren können sich Letztere auch auf ein einziges Kriterium — das der Mitarbeiterzahl — beschränken, wenn es darum geht, bestimmte von ihnen verfolgte Politiken umzusetzen. Davon sind allerdings Bereiche ausgenommen, für die die verschiedenen Regeln des Wettbewerbsrechts gelten, die ebenfalls das Heranziehen und Einhalten finanzieller Kriterien erfordern.
- (8) Im Anschluss an die Billigung der Europäischen Charta für Kleinunternehmen durch den Europäischen Rat auf seiner Tagung in Santa Maria da Feira im Juni 2000 gilt es ferner, die Kleinstunternehmen, die für die Entwicklung der unternehmerischen Initiative und für die Schaffung von Arbeitsplätzen eine besonders wichtige Kategorie von Kleinunternehmen darstellen, genauer zu definieren.
- (9) Damit sich die wirtschaftliche Realität der KMU besser erfassen lässt und aus dieser Kategorie die Unternehmensgruppen ausgeklammert werden können, die über eine stärkere Wirtschaftskraft als ein KMU verfügen, empfiehlt es sich, die verschiedenen Unternehmenstypen danach zu unterscheiden, ob es sich um eigenständige Unternehmen handelt, ob sie über Beteiligungen verfügen, mit denen keine Kontrollposition einhergeht (Partnerunternehmen), oder ob sie mit anderen Unternehmen verbunden sind. Der in der Empfehlung 96/280/EG angegebene Beteiligungsgrad von 25 %, unterhalb dessen ein Unternehmen als autonom gilt, wird beibehalten.
- (10) Im Hinblick auf die Förderung von Unternehmensgründungen, die Eigenmittelfinanzierung der KMU sowie ländliche und lokale Entwicklung können die Unternehmen auch dann als eigenständig betrachtet werden, wenn die Beteiligung bestimmter Kategorien von Investoren, die bei diesen Finanzierungen und Gründungen eine positive Rolle spielen, 25 % oder mehr erreicht, wobei allerdings die für diese Investoren geltenden Bedingungen genau festgelegt werden müssen. Der Fall der natürlichen Personen bzw. Gruppen natürlicher Personen, die regelmäßig im Bereich der Risikokapitalinvestition tätig sind („Business Angels“), wird eigens erwähnt, weil im Vergleich zu den anderen Risikokapital-Investoren ihre Fähigkeit, die neuen Unternehmer sachkundig zu beraten, einen wertvollen Beitrag leistet. Zudem stützt ihre Eigenkapitalinvestition die Tätigkeit der Risikokapital-Gesellschaften, indem sie den Unternehmen in frühen Stadien ihrer Unternehmenstätigkeit vergleichsweise geringe Beträge zur Verfügung stellen.
- (11) Aus Gründen der Vereinfachung, vor allem für die Mitgliedstaaten und die Unternehmen, ist es zum Zwecke der Definition der verbundenen Unternehmen angezeigt, jene Voraussetzungen zu übernehmen, die in Artikel 1 der Richtlinie 83/349/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 aufgrund von Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g) des Vertrages über den konsolidierten Abschluss⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2001/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates⁽²⁾, festgelegt sind, sofern sie dem Zweck dieser Empfehlung entsprechen. Um die als Anreiz für die Eigenmittelinvestition in KMU gedachten Maßnahmen zu verstärken, wird von der Vermutung ausgegangen, dass kein beherrschender Einfluss auf das betroffene Unternehmen ausgeübt wird, wobei die Kriterien von Artikel 5 Absatz 3 der Vierten Richtlinie 78/660/EWG des Rates vom 25. Juli 1978 aufgrund von Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g) des Vertrages über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Richtlinie 2001/65/EG, herangezogen werden.
- (12) Damit der Nutzen der verschiedenen Regelungen oder Maßnahmen zur Förderung der KMU nur den Unternehmen zugute kommt, bei denen ein entsprechender Bedarf besteht, ist es gleichermaßen wünschenswert, die Beziehungen zu berücksichtigen, die gegebenenfalls durch natürliche Personen zwischen den Unternehmen bestehen. Damit sich die Prüfung dieser Situation auf das unbedingt Notwendige beschränkt, gilt es, diese Beziehungen nur bei den Unternehmen zu berücksichtigen, die Tätigkeiten auf dem gleichen relevanten Markt oder auf benachbarten Märkten nachgehen, indem man sich erforderlichenfalls auf die von der Kommission gegebene Definition des relevanten Marktes bezieht, die Gegenstand der Mitteilung der Kommission über die Definition des relevanten Marktes im Sinne des Wettbewerbsrechts der Gemeinschaft ist⁽⁴⁾.
- (13) Zwecks Vermeidung willkürlicher Unterscheidungen zwischen den verschiedenen staatlichen Stellen eines Mitgliedstaats und im Interesse der Rechtssicherheit erweist es sich als notwendig zu bestätigen, dass ein Unternehmen, dessen Unternehmensanteile oder Stimmrechte zu 25 % oder mehr von einer staatlichen Stelle oder Körperschaft des öffentlichen Rechts kontrolliert werden, kein KMU ist.
- (14) Um den Verwaltungsaufwand für die Unternehmen zu verringern und die Bearbeitung administrativer Vorgänge, für die die Einstufung als KMU erforderlich ist, zu erleichtern und zu beschleunigen, empfiehlt es sich, die Möglichkeit zu eröffnen, eidesstattliche Erklärungen der Unternehmen zu Angaben zu bestimmten Merkmalen des betroffenen Unternehmens einzuführen.

⁽¹⁾ ABL L 193 vom 18.7.1983, S. 1.

⁽²⁾ ABL L 283 vom 27.10.2001, S. 28.

⁽³⁾ ABL L 222 vom 14.8.1978, S. 11.

⁽⁴⁾ ABL C 372 vom 9.12.1997, S. 5.

L 124/38

DE

Amtsblatt der Europäischen Union

20.5.2003

- (15) Es erscheint geboten, die Zusammensetzung der für die Definition der KMU ausschlaggebenden Mitarbeiterzahl zu präzisieren. Im Hinblick auf die Förderung einer Verbesserung der beruflichen Ausbildung und der alternierenden Ausbildungswege sollten die Auszubildenden und die aufgrund eines Ausbildungsvertrages beschäftigten Personen bei der Berechnung der Mitarbeiterzahl nicht berücksichtigt werden. Auch Mutterschafts- und Elternurlaub sollten nicht in die Berechnung eingehen.
- (16) Die aufgrund ihrer Beziehungen zu anderen Unternehmen definierten verschiedenen Unternehmenstypen entsprechen objektiv unterschiedlichen Integrationsgraden. Deshalb ist es angebracht, für jeden dieser Unternehmenstypen differenzierte Modalitäten für die Berechnung der Zahlenwerte anzuwenden, die den Umfang ihrer Tätigkeit und ihrer Wirtschaftskraft darstellen —
- b) die im Hinblick auf die Verwendung der in Artikel 7 des Anhangs angeführten Größenklassen notwendigen Maßnahmen zu treffen, insbesondere wenn es darum geht, eine Bestandsaufnahme der von ihnen verwendeten gemeinschaftlichen Finanzinstrumente zu machen.

Artikel 2

Bei den in Artikel 2 des Anhangs angegebenen Schwellenwerten handelt es sich um Höchstwerte. Die Mitgliedstaaten, die EIB und der EIF können niedrigere Schwellenwerte festsetzen. Außerdem steht ihnen die Möglichkeit offen, bei der Umsetzung bestimmter Politiken als einziges Kriterium den Personalbestand zugrunde zu legen, wovon allerdings die Bereiche ausgeschlossen sind, die unter die verschiedenen für staatliche Beihilfen geltenden Regeln fallen.

Artikel 3

Die vorliegende Empfehlung ersetzt die Empfehlung 96/280/EG ab 1. Januar 2005.

Artikel 4

Diese Empfehlung ist an die Mitgliedstaaten, die EIB und den EIF gerichtet.

Sie werden aufgefordert, die Kommission spätestens am 31. Dezember 2004 über die Maßnahmen zu unterrichten, die sie getroffen haben, um dieser Empfehlung nachzukommen und sie spätestens am 30. September 2005 über die ersten Ergebnisse ihrer Anwendung zu informieren.

Brüssel, den 6. Mai 2003.

Für die Kommission

Erkki LIIKANEN

Mitglied der Kommission

EMPFEHLT:

Artikel 1

(1) Die vorliegende Empfehlung hat die Definition des Kleinunternehmens sowie der kleinen und mittleren Unternehmen zum Gegenstand, die im Rahmen der Gemeinschaftspolitik innerhalb der Gemeinschaft und im Europäischen Wirtschaftsraum verwendet wird.

(2) Den Mitgliedstaaten sowie der Europäischen Investitionsbank (EIB) und dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) wird empfohlen:

- a) sich bei all ihren für KMU, mittlere Unternehmen, kleine Unternehmen bzw. Kleinunternehmen bestimmten Programmen an Titel I des Anhangs zu halten;

ANHANG

TITEL I

VON DER KOMMISSION ANGENOMMENE DEFINITION DER KLEINSTUNTERNEHMEN SOWIE DER KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMEN

Artikel 1

Unternehmen

Als Unternehmen gilt jede Einheit, unabhängig von ihrer Rechtsform, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt. Dazu gehören insbesondere auch jene Einheiten, die eine handwerkliche Tätigkeit oder andere Tätigkeiten als Einpersonen- oder Familienbetriebe ausüben, sowie Personengesellschaften oder Vereinigungen, die regelmäßig einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen.

Artikel 2

Mitarbeiterzahlen und finanzielle Schwellenwerte zur Definition der Unternehmensklassen

- (1) Die Größenklasse der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) setzt sich aus Unternehmen zusammen, die weniger als 250 Personen beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. EUR beläuft.
- (2) Innerhalb der Kategorie der KMU wird ein kleines Unternehmen als ein Unternehmen definiert, das weniger als 50 Personen beschäftigt und dessen Jahresumsatz bzw. Jahresbilanz 10 Mio. EUR nicht übersteigt.
- (3) Innerhalb der Kategorie der KMU wird ein Kleinstunternehmen als ein Unternehmen definiert, das weniger als 10 Personen beschäftigt und dessen Jahresumsatz bzw. Jahresbilanz 2 Mio. EUR nicht überschreitet.

Artikel 3

Bei der Berechnung der Mitarbeiterzahlen und der finanziellen Schwellenwerte berücksichtigte Unternehmestypen

- (1) Ein „eigenständiges Unternehmen“ ist jedes Unternehmen, das nicht als Partnerunternehmen im Sinne von Absatz 2 oder als verbundenes Unternehmen im Sinne von Absatz 3 gilt.
- (2) „Partnerunternehmen“ sind alle Unternehmen, die nicht als verbundene Unternehmen im Sinne von Absatz 3 gelten und zwischen denen folgende Beziehung besteht: Ein Unternehmen (das vorgeschaltete Unternehmen) hält — allein oder gemeinsam mit einem oder mehreren verbundenen Unternehmen im Sinne von Absatz 3 — 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmrechte eines anderen Unternehmens (des nachgeschalteten Unternehmens).

Ein Unternehmen gilt jedoch weiterhin als eigenständig, auch wenn der Schwellenwert von 25 % erreicht oder überschritten wird, sofern es sich um folgende Kategorien von Investoren handelt und unter der Bedingung, dass diese Investoren nicht im Sinne von Absatz 3 einzeln oder gemeinsam mit dem betroffenen Unternehmen verbunden sind:

- a) staatliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften, natürliche Personen bzw. Gruppen natürlicher Personen, die regelmäßig im Bereich der Risikokapitalinvestition tätig sind („Business Angels“) und die Eigenmittel in nicht börsennotierte Unternehmen investieren, sofern der Gesamtbetrag der Investition der genannten „Business Angels“ in ein und dasselbe Unternehmen 1 250 000 EUR nicht überschreitet;
 - b) Universitäten oder Forschungszentren ohne Gewinnzweck;
 - c) institutionelle Anleger einschließlich regionaler Entwicklungsfonds;
 - d) autonome Gebietskörperschaften mit einem Haushalteschalt von weniger als 10 Mio. EUR und weniger als 5 000 Einwohnern.
- (3) „Verbundene Unternehmen“ sind Unternehmen, die zueinander in einer der folgenden Beziehungen stehen:
 - a) Ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Aktionäre oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens;
 - b) ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzuwählen;
 - c) ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen abgeschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben;
 - d) ein Unternehmen, das Aktionär oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Aktionären oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Aktionären oder Gesellschaftern aus.

Es besteht die Vermutung, dass kein beherrschender Einfluss ausgeübt wird, sofern sich die in Absatz 2 Unterabsatz 2 genannten Investoren nicht direkt oder indirekt in die Verwaltung des betroffenen Unternehmens einmischen — unbeschadet der Rechte, die sie in ihrer Eigenschaft als Aktionäre oder Gesellschafter besitzen.

Unternehmen, die durch ein oder mehrere andere Unternehmen, oder einem der in Absatz 2 genannten Investoren, untereinander in einer der in Unterabsatz 1 genannten Beziehungen stehen, gelten ebenfalls als verbunden.

Unternehmen, die durch eine natürliche Person oder eine gemeinsam handelnde Gruppe natürlicher Personen miteinander in einer dieser Beziehungen stehen, gelten gleichermaßen als verbundene Unternehmen, sofern diese Unternehmen ganz oder teilweise in demselben Markt oder in benachbarten Märkten tätig sind.

Als benachbarter Markt gilt der Markt für ein Produkt oder eine Dienstleistung, der dem betreffenden Markt unmittelbar vor- oder nachgeschaltet ist.

(4) Außer den in Absatz 2 Unterabsatz 2 angeführten Fällen kann ein Unternehmen nicht als KMU angesehen werden, wenn 25 % oder mehr seines Kapitals oder seiner Stimmrechte direkt oder indirekt von einem oder mehreren öffentlichen Stellen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts einzeln oder gemeinsam kontrolliert werden.

(5) Die Unternehmen können eine Erklärung zu ihrer Qualität als eigenständiges Unternehmen, Partnerunternehmen oder verbundenes Unternehmen sowie zu den Daten über die in Artikel 2 angeführten Schwellenwerte abgeben. Diese Erklärung kann selbst dann vorgelegt werden, wenn sich die Anteilseigner aufgrund der Kapitaltreue nicht genau feststellen lassen, wobei das Unternehmen nach Treu und Glauben erklärt, es könne mit Recht davon ausgehen, dass es sich nicht zu 25 % oder mehr im Besitz eines Unternehmens oder im gemeinsamen Besitz von miteinander bzw. über natürliche Personen oder eine Gruppe natürlicher Personen verbundenen Unternehmen befindet. Solche Erklärungen werden unbeschadet der aufgrund nationaler oder gemeinschaftlicher Regelungen vorgesehenen Kontrollen oder Überprüfungen abgegeben.

Artikel 4

Für die Mitarbeiterzahl und die finanziellen Schwellenwerte sowie für den Berichtszeitraum zugrunde zu legende Daten

(1) Die Angaben, die für die Berechnung der Mitarbeiterzahl und der finanziellen Schwellenwerte herangezogen werden, beziehen sich auf den letzten Rechnungsabschluss und werden auf Jahresbasis berechnet. Sie werden vom Stichtag des Rechnungsabschlusses an berücksichtigt. Die Höhe des herangezogenen Umsatzes wird abzüglich der Mehrwertsteuer (MwSt.) und sonstiger indirekter Steuern oder Abgaben berechnet.

(2) Stellt ein Unternehmen am Stichtag des Rechnungsabschlusses fest, dass es auf Jahresbasis die in Artikel 2 genannten Schwellenwerte für die Mitarbeiterzahl oder die Bilanzsumme über- oder unterschreitet, so verliert bzw. erwirbt es dadurch den Status eines mittleren Unternehmens, eines kleinen Unternehmens bzw. eines Kleinunternehmens erst dann, wenn es in zwei aufeinander folgenden Geschäftsjahren zu einer Über- oder Unterschreitung kommt.

(3) Bei einem neu gegründeten Unternehmen, das noch keinen Jahresabschluss vorlegen kann, werden die entsprechenden Daten im Laufe des Geschäftsjahres nach Treu und Glauben geschätzt.

Artikel 5

Mitarbeiterzahl

Die Mitarbeiterzahl entspricht der Zahl der Jahresarbeitseinheiten (JAE), d. h. der Zahl der Personen, die in dem betroffenen Unternehmen oder auf Rechnung dieses Unternehmens während des gesamten Berichtsjahres einer Vollzeitbeschäftigung nachgegangen sind. Für die Arbeit von Personen, die nicht das ganze Jahr gearbeitet haben oder die im Rahmen einer Teilzeitregelung tätig waren, und für Saisonarbeit wird der jeweilige Bruchteil an JAE gezählt. In die Mitarbeiterzahl gehen ein:

- a) Lohn- und Gehaltsempfänger;
- b) für das Unternehmen tätige Personen, die in einem Unterordnungsverhältnis zu diesem stehen und nach nationalem Recht Arbeitnehmern gleichgestellt sind;
- c) mitarbeitende Eigentümer;
- d) Teilhaber, die eine regelmäßige Tätigkeit in dem Unternehmen ausüben und finanzielle Vorteile aus dem Unternehmen ziehen.

Auszubildende oder in der beruflichen Ausbildung stehende Personen, die einen Lehr- bzw. Berufsausbildungsvertrag haben, sind in der Mitarbeiterzahl nicht berücksichtigt. Die Dauer des Mutterschafts- bzw. Elternurlaubs wird nicht mitgerechnet.

Artikel 6

Erstellung der Daten des Unternehmens

(1) Im Falle eines eigenständigen Unternehmens werden die Daten einschließlich der Mitarbeiterzahl ausschließlich auf der Grundlage der Jahresabschlüsse dieses Unternehmens erstellt.

(2) Die Daten — einschließlich der Mitarbeiterzahl — eines Unternehmens, das Partnerunternehmen oder verbundene Unternehmen hat, werden auf der Grundlage der Jahresabschlüsse und sonstiger Daten des Unternehmens erstellt oder — sofern vorhanden — anhand der konsolidierten Jahresabschlüsse des Unternehmens bzw. der konsolidierten Jahresabschlüsse, in die das Unternehmen durch Konsolidierung eingeht.

Zu den in Unterabsatz 1 genannten Daten werden die Daten der eventuell vorhandenen Partnerunternehmen des betroffenen Unternehmens, die diesem unmittelbar vor- oder nachgeschaltet sind, hinzugerechnet. Die Anrechnung erfolgt proportional zu dem Anteil der Beteiligung am Kapital oder an den Stimmrechten (wobei der höhere dieser beiden Anteile zugrunde gelegt wird). Bei wechselseitiger Kapitalbeteiligung wird der höhere dieser Anteile herangezogen.

Zu den in den Unterabsätzen 2 und 3 genannten Daten werden ggf. 100 % der Daten derjenigen direkt oder indirekt mit dem betroffenen Unternehmen verbundenen Unternehmen addiert, die in den konsolidierten Jahresabschlüssen noch nicht berücksichtigt wurden.

(3) Bei der Anwendung von Absatz 2 gehen die Daten der Partnerunternehmen des betroffenen Unternehmens aus den Jahresabschlüssen und sonstigen Daten (sofern vorhanden in konsolidierter Form) hervor, zu denen 100 % der Daten der mit diesen Partnerunternehmen verbundenen Unternehmen addiert werden, sofern ihre Daten noch nicht durch Konsolidierung erfasst wurden.

Bei der Anwendung von Absatz 2 sind die Daten der mit den betroffenen Unternehmen verbundenen Unternehmen aus ihren Jahresabschlüssen und sonstigen Angaben, sofern vorhanden in konsolidierter Form, zu entnehmen. Zu diesen Daten werden ggf. die Daten der Partnerunternehmen dieser verbundenen Unternehmen, die diesen unmittelbar vor- oder nachgeschaltet sind, anteilmäßig hinzugerechnet, sofern sie in den konsolidierten Jahresabschlüssen nicht bereits anteilmäßig so erfasst wurden, dass der entsprechende Wert mindestens dem unter dem in Absatz 2 Unterabsatz 2 genannten Anteil entspricht.

(4) In den Fällen, in denen die Mitarbeiterzahl eines bestimmten Unternehmens in den konsolidierten Jahresabschlüssen nicht ausgewiesen ist, wird die Mitarbeiterzahl berechnet, indem die Daten der Unternehmen, die Partnerunternehmen dieses Unternehmens sind, anteilmäßig hinzugerechnet und die Daten über die Unternehmen, mit denen dieses Unternehmen verbunden ist, addiert werden.

TITEL II

SONSTIGE BESTIMMUNGEN

Artikel 7

Statistische Daten

Die Kommission ergreift die Maßnahmen, die erforderlich sind, damit die von ihr erstellten statistischen Daten entsprechend der folgenden Größenklassen von Unternehmen erstellt werden:

- a) 0 bis 1 Personen;
- b) 2 bis 9 Personen;
- c) 10 bis 49 Personen;
- d) 50 bis 249 Personen.

Artikel 8

Bezugnahmen

(1) Alle Vorschriften oder Programme der Gemeinschaft, die geändert oder noch verabschiedet werden und in denen die Begriffe „KMU“, „Kleinstunternehmen“, „kleines Unternehmen“, „mittleres Unternehmen“ oder ähnliche Begriffe vorkommen, sollten sich auf die in der vorliegenden Empfehlung enthaltene Definition beziehen.

(2) Während der Übergangszeit können die derzeitigen gemeinschaftlichen Förderprogramme, die die KMU-Definition gemäß der Empfehlung 96/280/EG verwenden, weiterhin ihre Wirkung entfalten und Unternehmen zugute kommen, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieser Programme als KMU angesehen wurden. Rechtlich bindende Verpflichtungen, die von der Kommission auf der Grundlage dieser Programme eingegangen wurden, bleiben unberührt.

Unbeschadet von Unterabsatz 1 darf jede Änderung dieser Programme, die die Definition der KMU betrifft, gemäß Absatz 1 nur im Sinne der vorliegenden Empfehlung erfolgen.

Artikel 9

Änderung der Definition

Anhand einer Bestandsaufnahme der Anwendung der in der vorliegenden Empfehlung enthaltenen Definition, die spätestens am 31. März 2006 erfolgen wird, und unter Berücksichtigung eventueller Änderungen von Artikel 1 der Richtlinie 83/349/EWG betreffend die Definition der verbundenen Unternehmen im Sinne dieser Richtlinie, passt die Kommission erforderlichenfalls die in der vorliegenden Empfehlung enthaltene Definition an, insbesondere die festgelegten Schwellenwerte für den Umsatz und die Bilanzsumme, damit einschlägiger Erfahrung und dem veränderten wirtschaftlichen Umfeld in der Gemeinschaft Rechnung getragen werden kann.

Mitteilung der Kommission**Muster für eine Erklärung über die zur Einstufung als KMU erforderlichen Angaben**

(2003/C 118/03)

Durch diese Mitteilung soll die Anwendung der Empfehlung 2003/361/EG⁽¹⁾ der Kommission betreffend die Definition der KMU, die die Empfehlung 96/280/EG vom 3. April 1996 ersetzt, gefördert werden.

Im Europäischen Wirtschaftsraum sind rund 20 Millionen Unternehmen Kleinst- bzw. kleine oder mittlere Unternehmen. Sie spielen nicht nur für die Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern auch für die Wettbewerbsfähigkeit eine wichtige Rolle. Von ihrer Fähigkeit, neue Bedürfnisse der Endverbraucher und der Wirtschaftsakteure zu erkennen, von ihrem Potenzial zur Übernahme neuer Technologien und von ihrem Beitrag zur Lehrlings- und Berufsausbildung sowie zur lokalen Entwicklung hängt ab, wie hoch künftig die Produktivitätssteigerung in der Europäischen Union ausfallen wird und ob die EU in der Lage sein wird, die Ziele zu erreichen, die der Europäische Rat von Lissabon festgelegt hat. Die Verantwortung der Behörden auf lokaler, nationaler und gemeinschaftlicher Ebene, unternehmenspolitische Maßnahmen zu formulieren, die an den spezifischen Bedürfnissen und Stärken dieser Unternehmenstypen ausgerichtet sind, gewinnt damit eine besondere Bedeutung.

Die Entwicklung solcher unternehmenspolitischer Maßnahmen zu fördern, ist das Hauptziel der neuen Empfehlung der Kommission betreffend die Definition der KMU. Eine genauere Definition bietet größere Rechtssicherheit. Eine besser an die einzelnen KMU-Klassen angepasste Definition, die auch die verschiedenen Arten von Beziehungen der Unternehmen untereinander berücksichtigt, wird die Investitionen und die Innovation in den KMU fördern und Unternehmenspartnerschaften erleichtern. Dieser Nutzen sollte jedoch erreicht werden, ohne dass Unternehmen, die nicht die wirtschaftlichen Merkmale echter KMU aufweisen oder ganz andere Probleme als diese haben, sich KMU-Fördermaßnahmen unberechtigtweise zunutze machen können.

Die Empfehlung war Gegenstand einer äußerst umfassenden Abstimmung mit den Unternehmensverbänden sowie den Mitgliedstaaten und den Experten aus Unternehmen in der Gruppe für Unternehmenspolitik⁽²⁾. Zum Vorentwurf gab es außerdem zwei öffentliche Anhörungen über das Internet. Es dauerte über ein Jahr, bis die Arbeiten abgeschlossen waren und sich trotz der divergierenden Zielsetzungen ein annähernder Konsens abzeichnete.

Alle Beteiligten stimmten darin überein, dass mit der gesteigerten Rechtssicherheit und der stärkeren Ausrichtung an den wirtschaftlichen Gegebenheiten eine Bemühung der Verwaltungsbehörden um einfachere und raschere Bearbeitung jener Verwaltungsvorgänge einhergehen muss, für die die Einstufung als Kleinstunternehmen, als kleines Unternehmen oder als mittleres Unternehmen erforderlich ist. Ein zeitgemäßer und praktischer Ansatz schien jenen Unternehmen, die dies wünschen, die Möglichkeit zu bieten, selbst eine knappe Erklärung, gegebenenfalls auch online, zu erstellen; dies hat zudem die Funktion eines praktischen „Leitfadens“ für die Unternehmen.

Das dieser Mitteilung beigefügte Dokument ist ein Muster für eine solche Erklärung. Weder die Unternehmen noch die Verwaltungsbehörden der Mitgliedstaaten sind in irgendeiner Weise verpflichtet, es zu verwenden oder inhaltlich zu übernehmen; es ist lediglich als ein mögliches Beispiel neben anderen gedacht. Die Verwendung solcher Erklärungen erfolgt unbeschadet der nach nationalem oder Gemeinschaftsrecht vorgesehenen Kontrollen oder Überprüfungen.

Wollen die Mitgliedstaaten, die die KMU-Definition anwenden, die Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen beschleunigen, dann wäre es natürlich wünschenswert, dass eine solche Erklärung den Gesamtverwaltungsaufwand für die Unternehmen nicht vergrößert, sondern vielmehr andere, früher erforderliche Auskunftersuchen möglichst häufig ersetzt und vorzugsweise in die Unterlagen der Anträge auf Teilnahme an Maßnahmen aufgenommen wird, für die eine Einstufung als KMU erforderlich ist.

(¹) ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. ...

(²) Beschluss 2000/690/EG der Kommission vom 8. November 2000 zur Einsetzung einer Gruppe für Unternehmenspolitik (ABl. L 285 vom 10.11.2000, S. 24).

Zu diesem Zweck kann das Muster in der im Anhang vorgesehenen Form verwendet werden. Es kann aber auch ergänzt, vereinfacht oder angepasst werden, um Eigenheiten der Verwaltungskultur des jeweiligen Mitgliedstaates Rechnung zu tragen. Um einen möglichst großen Vereinfachungseffekt zu erzielen, wäre es selbstverständlich wünschenswert, dass ein von einem Mitgliedstaat erstelltes Muster dann für alle den KMU-Status voraussetzenden Verwaltungsverfahren in diesem Mitgliedstaat verwendet wird.

Da die Empfehlung einen einheitlichen Bezugsrahmen für die KMU-Definition geben soll, wäre dem Zweck nicht gedient, wenn es durch die Verwendung eines Musters für eine solche Erklärung zu unterschiedlichen Auslegungen der Definition käme. Darum ist darauf hinzuweisen, dass in allen anderen Mustern für eine derartige Erklärung sämtliche Bestimmungen aus dem Wortlaut der Empfehlung zu berücksichtigen sind, damit das Antrag stellende Unternehmen als Kleinunternehmen, kleines oder mittleres Unternehmen im Sinne der Empfehlung eingestuft wird. Maßgeblich für die Einstufung als KMU sind nämlich die Kriterien der Empfehlung, nicht jene der Erklärung.

Dazu ist anzumerken, dass das vorgeschlagene Muster für eine Erklärung auf die Siebente Richtlinie 83/349/EG des Rates über den konsolidierten Abschluss Bezug nimmt. Erfüllen Unternehmen eines der in Artikel 1 dieser Richtlinie festgelegten Kriterien, so handelt es sich angesichts der Art dieser Kriterien bei ihnen in der Tat um verbundene Unternehmen im Sinne von Artikel 3 Absatz 3 der KMU-Definition. Für Unternehmen, die gemäß dieser Richtlinie des Rates einen konsolidierten Abschluss erstellen müssen, ist es praktisch, sofort zu wissen, dass sie als verbundene Unternehmen im Sinne der KMU-Definition gelten. Sollte die Siebente Richtlinie später geändert werden, so dass es zu Abweichungen zwischen diesen beiden Definitionen kommt, dann wäre es allerdings angezeigt, das Muster für eine Erklärung entsprechend anzupassen.

Angesichts der Fristen für das Inkrafttreten einer solchen möglichen Änderung könnte diese Anpassung wahrscheinlich zeitgleich mit einer Änderung der Empfehlung betreffend die KMU-Definition selbst, wie sie in Artikel 9 ihres Anhangs vorgesehen ist, erfolgen.

MUSTER FÜR EINE ERKLÄRUNG
ANGABEN ZUR EINSTUFUNG ALS KMU

Angaben zur Identität des Unternehmens

Name bzw. Firmenbezeichnung:

Anschrift (Firmensitz):

Register- oder MwSt.-Nummer⁽¹⁾:

Name und Titel des/der Unternehmensleiter(s)⁽²⁾:

Unternehmenstyp (siehe Erläuterung)

Bitte ankreuzen, welche Aussage(n) auf das Antrag stellende Unternehmen zutrifft/zutreffen:

- Eigenständiges Unternehmen** In diesem Fall werden die nachstehenden Angaben ausschließlich dem Abschluss des Antrag stellenden Unternehmens entnommen. Nur die Erklärung ausfüllen, nicht den Anhang.
- Partnerunternehmen** Anhang (sowie ggf. Beiblätter) ausfüllen und beilegen. Dann das Ergebnis der Berechnung in die nachstehende Tabelle eintragen und restliche Erklärung ausfüllen.
- Verbundenes Unternehmen**

Angaben zur Ermittlung der Größenklasse des Unternehmens

Berechnet gemäß Artikel 6 des Anhangs der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission betreffend die Definition von KMU.

Bezugszeitraum^(*):

Mitarbeiterzahl (JAE)	Umsatz (**)	Bilanzsumme (**)

(*) Sämtliche Daten beziehen sich auf das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr und sind auf Jahresbasis berechnet. Bei einem neu gegründeten Unternehmen, das noch keinen Abschluss für einen vollständigen Rechnungszeitraum vorlegen kann, werden die entsprechenden Werte im laufenden Geschäftsjahr nach Treu und Glauben geschätzt.

(**) In 1 000 EUR.

- Wichtig:** Im Vergleich zum vorherigen Geschäftsjahr haben sich die Angaben so stark geändert, dass sie möglicherweise zu einer Neueinstufung des Antrag stellenden Unternehmens (Kleinstunternehmen, kleines, mittleres oder großes Unternehmen) führen.
- Nein**
- Ja** (in diesem Fall eine Erklärung zum vorherigen Geschäftsjahr ausfüllen und beilegen⁽³⁾).

Unterschrift

Name und Funktion des zur Vertretung des Unternehmens befugten Unterzeichners:

.....

Ich versichere an Eides Statt die Richtigkeit der in dieser Erklärung sowie gegebenenfalls in den Anhängen gemachten Angaben

Geschehen zu am

Unterschrift:

(1) Von den Mitgliedstaaten entsprechend ihrem Bedarf festzulegen.

(2) Vorsitzender („Chief executive“), Generaldirektor o. Ä.

(3) Definition, Artikel 4 Absatz 2 des Anhangs der Empfehlung der Kommission 2003/361/EG.

ERLÄUTERUNG

ZU DEN UNTERNEHMENSTYPEN UND ZUR BERECHNUNG IHRER MITARBEITERZAHLEN SOWIE IHRER FINANZIELLEN SCHWELLENWERTE

I. UNTERNEHMENSTYPEN

In der KMU-Definition (1) werden drei Unternehmenstypen danach unterschieden, welche Beziehungen zu anderen Unternehmen hinsichtlich der Kapitalbeteiligung, der Kontrolle von Stimmrechten oder des Rechts zur Ausübung eines beherrschenden Einflusses bestehen (2).

Typ 1: Eigenständiges Unternehmen

Dies ist mit Abstand der häufigste Fall. Es handelt sich dabei ganz einfach um all jene Unternehmen, die nicht zu einem der beiden anderen Unternehmenstypen (Partnerunternehmen oder verbundene Unternehmen) gehören.

Das Antrag stellende Unternehmen ist eigenständig, wenn es

- keine Anteile von 25 % (3) oder mehr an einem anderen Unternehmen hält;
- nicht zu 25 % (3) oder mehr unmittelbar im Besitz eines anderen Unternehmens bzw. einer öffentlichen Stelle oder im gemeinsamen Besitz mehrerer verbundener Unternehmen bzw. öffentlicher Stellen ist, von einigen Ausnahmen abgesehen (4);
- keine konsolidierte Bilanz erstellt und nicht im Abschluss eines Unternehmens enthalten ist, das eine konsolidierte Bilanz erstellt, und damit kein verbundenes Unternehmen ist (5).

Typ 2: Partnerunternehmen

Unter diesen Unternehmenstyp fallen jene Unternehmen, die umfangreiche Finanzpartnerschaften mit anderen Unternehmen eingehen, ohne dass ein Unternehmen dabei mittelbar oder unmittelbar eine tatsächliche Kontrolle über das andere ausübt. Partnerunternehmen sind Unternehmen, die nicht eigenständig sind, die aber auch nicht untereinander verbunden sind.

Das Antrag stellende Unternehmen ist Partnerunternehmen eines anderen Unternehmens, wenn

- es einen Anteil zwischen 25 % (3) und weniger als 50 % (3) an diesem anderen Unternehmen hält;
- dieses andere Unternehmen einen Anteil zwischen 25 % (3) und weniger als 50 % (3) an dem Antrag stellenden Unternehmen hält;
- das Antrag stellende Unternehmen keinen konsolidierten Abschluss erstellt, in den dieses andere Unternehmen durch Konsolidierung einbezogen wird, und nicht durch Konsolidierung in den Abschluss dieses anderen bzw. eines weiteren Unternehmens, das mit diesem verbunden ist, einbezogen wird (5).

Typ 3: Verbundenes Unternehmen

Dieser Unternehmenstyp entspricht der wirtschaftlichen Situation von Unternehmen, die entweder durch mittelbare oder unmittelbare Kontrolle der Mehrheit des Kapitals oder der Stimmrechte (auch durch Vereinbarungen oder in manchen Fällen durch natürliche Personen, d. h. Aktionäre) oder durch die Fähigkeit, einen beherrschenden Einfluss auf ein anderes Unternehmen auszuüben, einer Unternehmensgruppe angehören. Es handelt sich demnach um eher seltene Fälle, die sich in der Regel deutlich von den beiden vorausgegangenen Typen unterscheiden.

In dem Bestreben, den Unternehmen Auslegungsprobleme zu ersparen, hat die Europäische Kommission bei der Definition dieses Unternehmenstyps jene Kriterien übernommen — soweit sie dem Zweck der Definition entsprechen —, die in Artikel 1 der bereits seit vielen Jahren angewandten Richtlinie 83/349/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 über den konsolidierten Abschluss (6) festgelegt sind.

Ein Unternehmen weiß daher in der Regel sofort, dass es als verbundenes Unternehmen gilt, wenn es gemäß dieser Richtlinie verpflichtet ist, einen konsolidierten Abschluss zu erstellen, oder durch Konsolidierung in den Abschluss eines anderen Unternehmens einbezogen wird, das zur Erstellung eines solchen konsolidierten Abschlusses verpflichtet ist.

Die beiden äußerst seltenen Fälle, in denen ein Unternehmen als verbundenes Unternehmen gelten kann, obwohl es gar nicht verpflichtet ist, einen konsolidierten Abschluss zu erstellen, werden in beiden ersten Absätzen der Endnote 5 zu dieser Erläuterung beschrieben. In diesem Fall hat das Unternehmen zu prüfen, ob es eines der in Artikel 3 Absatz 3 der Definition festgelegten Kriterien erfüllt.

II. MITARBEITERZAHL UND JAHRESARBEITSEINHEITEN (*)

Die Mitarbeiterzahl eines Unternehmens wird in Jahresarbeitseinheiten (JAE) angegeben.

Wer zählt zu den Mitarbeitern?

- Lohn- und Gehaltsempfänger des betreffenden Unternehmens.
- für das Unternehmen tätige Personen, die in einem Unterordnungsverhältnis zu diesem stehen und nach nationalem Recht Arbeitnehmern gleichgestellt sind.
- mitarbeitende Eigentümer.
- Teilhaber, die eine regelmäßige Tätigkeit in dem Unternehmen ausüben und finanzielle Vorteile aus dem Unternehmen ziehen.

Auszubildende oder in der beruflichen Ausbildung stehende Personen, die einen Lehr- bzw. Berufsausbildungsvertrag haben, sind in der Mitarbeiterzahl nicht berücksichtigt.

Wie wird die Mitarbeiterzahl berechnet?

Eine JAE entspricht einer Vollzeitarbeitskraft, die während des gesamten betrachteten Jahres im oder für das Unternehmen tätig war. Die Mitarbeiterzahl wird in JAE angegeben.

Für die Arbeit von Personen, die nicht das ganze Jahr gearbeitet haben oder die im Rahmen irgendeiner Teilzeitregelung tätig waren, und für Saisonarbeit wird der jeweilige Bruchteil an JAE gezählt.

Die Dauer von Mutterschafts- und Elternurlaub wird nicht mitgerechnet.

(*) Im weiteren Text bezieht sich der Begriff „Definition“ auf den Anhang der Empfehlung 2003/361/EG der Kommission betreffend die KMU-Definition.

(1) Definition, Artikel 3.

(2) Bezogen auf das Kapital oder die Stimmrechte, wobei die jeweils höhere Prozentzahl zu berücksichtigen ist. Dazu ist der prozentuale Anteil der Beteiligungen zu addieren, die jedes verbundene Unternehmen an diesem Unternehmen hält (Definition, Artikel 3 Absatz 2).

(3) Ein Unternehmen gilt jedoch weiterhin als eigenständig, auch wenn der Schwellenwert von 25 % erreicht oder überschritten wird, sofern es sich um folgende Kategorien von Investoren handelt und unter der Bedingung, dass diese Investoren nicht im Sinne von Absatz 3 einzeln oder gemeinsam mit dem betroffenen Unternehmen verbunden sind:

- a) staatliche Beteiligungsgesellschaften, Risikokapitalgesellschaften, natürliche Personen bzw. Gruppen natürlicher Personen, die regelmäßig im Bereich der Risikokapitalinvestition tätig sind („Business Angels“) und die Eigenmittel in nichtnotierte Unternehmen investieren, sofern der Gesamtbetrag der Investition der genannten „Business Angels“ in ein und dasselbe Unternehmen 1 250 000 EUR nicht überschreitet;
- b) Universitäten oder Forschungszentren ohne Gewinnzweck;
- c) institutionelle Anleger einschließlich regionale Entwicklungsfonds.

(Definition, Artikel 3 Absatz 2 Unterabsatz 2).

(4) — Befindet sich der Firmensitz des Unternehmens in einem Mitgliedstaat, der in Anwendung der Siebten Richtlinie 83/349/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 eine Befreiung von der Verpflichtung zur Erstellung eines solchen Abschlusses vorgesehen hat, dann hat das Unternehmen dennoch eigens zu prüfen, ob es nicht eine der in Artikel 3 Absatz 3 der Definition festgelegten Voraussetzungen erfüllt.

— Es gibt auch einige sehr seltene Fälle, in denen ein Unternehmen über eine Person oder eine gemeinsam handelnde Gruppe natürlicher Personen mit einem anderen Unternehmen verbunden ist und somit als verbundenes Unternehmen gilt (s. Artikel 3 Absatz 3 der Definition).

— Umgekehrt gibt es den äußerst seltenen Fall, dass ein Unternehmen freiwillig einen konsolidierten Abschluss erstellt, obwohl es gemäß der vorstehend genannten Siebten Richtlinie nicht dazu verpflichtet wäre. In diesem Fall ist das Unternehmen nicht zwangsläufig ein verbundenes Unternehmen und kann lediglich ein Partnerunternehmen sein.

Zur Klärung, ob es sich im vorliegenden Fall um ein verbundenes Unternehmen handelt oder nicht, ist in jeder der drei vorstehend geschilderten Situationen zu prüfen, ob das Unternehmen — möglicherweise über eine Person oder eine gemeinsam handelnde Gruppe natürlicher Personen — eine der in Artikel 3 Absatz 3 der Definition genannten Bedingungen erfüllt.

(5) Siebente Richtlinie 83/349/EWG des Rates vom 13. Juni 1983 aufgrund von Artikel 54 Absatz 3 Buchstabe g) des Vertrags über den konsolidierten Abschluss (ABl. L 193 vom 18.7.1983, S. 1), zuletzt geändert durch die Richtlinie 2001/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 283 vom 27.10.2001, S. 28).

(1) Definition, Artikel 5.

ANHANG ZUR ERKLÄRUNG

BERECHNUNG FÜR PARTNERUNTERNEHMEN UND VERBUNDENE UNTERNEHMEN

Beizulegende Anhänge (falls erforderlich)

- Anhang A falls es sich um den Typ „Partnerunternehmen“ handelt (gegebenenfalls mit Beiblättern)
- Anhang B falls es sich um den Typ „verbundenes Unternehmen“ handelt (gegebenenfalls mit Beiblättern)

Berechnung der Daten für verbundene und für Partnerunternehmen ⁽¹⁾ (siehe Erläuterung)Bezugszeitraum ⁽²⁾:

	Mitarbeiterzahl (IAE)	Umsatz ^(*)	Bilanzsumme ^(*)
1. Daten ⁽²⁾ des Antrag stellenden Unternehmens oder des konsolidierten Abschlusses (Übernahme der Daten aus Tabelle B(1) des Anhangs B ⁽¹⁾)			
2. Proportional aggregierte Daten ⁽²⁾ aller (eventuellen) Partnerunternehmen (Übernahme der Daten aus Tabelle A des Anhangs A)			
3. Addierte Daten ⁽²⁾ aller (eventuellen) verbundenen Unternehmen, die nicht in den konsolidierten Abschluss in Zeile 1 einbezogen sind (Übernahme der Daten aus Tabelle B(2) des Anhangs B)			
Insgesamt			

^(*) In 1 000 EUR.⁽¹⁾ Definition, Artikel 6 Absätze 2 und 3.⁽²⁾ Sämtliche Daten beziehen sich auf das letzte abgeschlossene Geschäftsjahr und sind auf Jahresbasis berechnet. Bei einem neu gegründeten Unternehmen, das noch keinen Abschluss für einen vollständigen Rechnungszeitraum vorlegen kann, werden die entsprechenden Werte im laufenden Geschäftsjahr nach Treu und Glauben geschätzt. (Definition, Artikel 4).⁽³⁾ Die Daten zu dem Unternehmen, einschließlich Mitarbeiterzahl, werden auf der Grundlage der Jahresabschlüsse und anderer Daten oder, wenn vorhanden, des konsolidierten Abschlusses des Unternehmens bzw. der konsolidierten Abschlüsse, in die das Unternehmen durch Konsolidierung einbezogen ist, ermittelt.

Die Ergebnisse aus der Zeile „Insgesamt“ sind in die Tabelle für die „Angaben zur Ermittlung der Größenklasse des Unternehmens“ in der Erklärung einzutragen.

ANHANG A

Partnerunternehmen

Für jedes Unternehmen, für das ein Beiblatt „Partnerunternehmen“ ausgefüllt wurde (und zwar ein Blatt für jedes Partnerunternehmen des Antrag stellenden Unternehmens und für die Partnerunternehmen der eventuellen verbundenen Unternehmen, die nicht in den konsolidierten Abschluss einbezogen sind ⁽¹⁾), sind die Zahlen aus der Tabelle „Partnerunternehmen“ in die nachstehende Übersichtstabelle einzutragen.

Tabelle A

Partnerunternehmen (Namen/Bezeichnung angeben)	Mitarbeiterzahl (JAE)	Umsatz (*)	Bilanzsumme (*)
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			
7.			
Insgesamt			

(*) In 1 000 EUR.

(wenn erforderlich, Blätter beilegen oder Tabelle verlängern)

Hinweis: Diese Angaben beruhen auf der Berechnung der Anteile, wie sie auf dem Beiblatt „Partnerunternehmen“, das für jedes direkte oder indirekte Partnerunternehmen auszufüllen ist, vorgenommen wird.

Die Angaben aus der Zeile „Insgesamt“ dieser Tabelle sind in Zeile 2 (zu den Partnerunternehmen) der Tabelle im Anhang der Erklärung einzutragen.

⁽¹⁾ Sind die Daten zu einem Unternehmen mit einem geringeren Anteil in den konsolidierten Abschluss einbezogen als in Artikel 6 Absatz 2 vorgesehen, so ist trotzdem der in diesem Artikel vorgesehene prozentuale Anteil zu verwenden (Definition, Artikel 6 Absatz 3 Unterabsatz 2).

BEIBLATT „PARTNERUNTERNEHMEN“ — Nr. ...

1. Angaben zur Identität des Unternehmens

Name bzw. Firmenbezeichnung:

Anschrift (Firmensitz):

Register- oder MwSt.-Nummer (1):

Name und Titel des/der Unternehmensleiter(s) (2):

2. Bruttoangaben zu dem Unternehmen

Bezugszeitraum:

	Mitarbeiterzahl (AE)	Umsatz (*)	Bilanzsumme (*)
Bruttowerte			

(*) In 1 000 EUR.

Hinweis: Diese Bruttowerte ergeben sich aus dem gegebenenfalls konsolidierten Abschluss und sonstigen Daten des Partnerunternehmens, zu denen 100 % der Daten der mit ihm verbundenen Unternehmen hinzuaddiert werden, wenn deren Daten nicht bereits durch Konsolidierung in den Abschluss des Partnerunternehmens einbezogen wurden (3). Wenn erforderlich, ist für die verbundenen, nicht in die Konsolidierung einbezogenen Unternehmen jeweils ein Beiblatt „Verbundenes Unternehmen“ beizulegen.

3. Berechnung der Anteile

a) Geben Sie genau an, wie hoch der Anteil ist (4), den das Unternehmen, das die Erklärung abgibt, (oder das verbundene Unternehmen, über das die Beziehung zu dem Partnerunternehmen besteht) an dem betreffenden Partnerunternehmen dieses Beiblatts hält:

.....

.....

Geben Sie ebenfalls genau an, wie hoch der Anteil ist, den das auf diesem Beiblatt aufgeführte Partnerunternehmen an dem Unternehmen, das die Erklärung abgibt, (oder an dem verbundenen Unternehmen) hält:

.....

.....

b) Nehmen Sie den höheren der beiden Anteile und wenden Sie den entsprechenden Prozentsatz auf die in der obigen Tabelle angegebenen Bruttowerte an. Tragen Sie die Ergebnisse dieser Berechnung in die nachstehende Tabelle ein.

Tabelle „Partnerunternehmen“

Prozentualer Anteil: ...	Mitarbeiterzahl (AE)	Umsatz (*)	Bilanzsumme (*)
Anteilige Ergebnisse			

(*) In 1 000 EUR.

Diese Angaben sind in die Tabelle A des Anhangs A einzutragen.

(1) Von den Mitgliedstaaten entsprechend ihrem Bedarf festzulegen.

(2) Vorsitzender („Chief executive“), Generaldirektor o. Ä.

(3) Definition, Artikel 6 Absatz 3 Unterabsatz 1.

(4) Bezogen auf das Kapital oder die Stimmrechte, wobei der jeweils höhere prozentuale Anteil zu berücksichtigen ist. Dazu ist der prozentuale Anteil anzurechnen, den jedes verbundene Unternehmen an diesem Unternehmen hält (Definition, Artikel 3 Absatz 2).

ANHANG B

Verbundene Unternehmen

A. Welcher Fall trifft auf das Antrag stellende Unternehmen zu?

- Fall 1:** Ihr Unternehmen erstellt eine konsolidierte Bilanz oder ist durch Konsolidierung in die konsolidierte Bilanz eines anderen Unternehmens einbezogen (Tabelle B(1)).
- Fall 2:** Das Antrag stellende Unternehmen oder ein verbundenes bzw. mehrere verbundene Unternehmen erstellen keine konsolidierte Bilanz und sind auch nicht durch Konsolidierung in eine andere Bilanz einbezogen (Tabelle B(2)).

Wichtiger Hinweis: Die Daten der mit dem Antrag stellenden Unternehmen verbundenen Unternehmen ergeben sich aus deren gegebenenfalls konsolidierten Abschlüssen und sonstigen Daten. Sie werden mit den anteiligen Daten der eventuellen Partnerunternehmen der verbundenen Unternehmen, die diesen direkt über- oder untergeordnet sind, aggregiert, wenn die Daten der Partnerunternehmen nicht bereits durch Konsolidierung einbezogen sind⁽¹⁾.

B. Berechnungsverfahren

Im Fall 1: Berechnungsgrundlage ist der konsolidierte Abschluss. Bitte nachstehende Tabelle B(1) ausfüllen.

Tabelle B(1)

	Mitarbeiterzahl (IAE) ^(*)	Umsatz (**)	Bilanzsumme (**)
Insgesamt			

^(*) Wenn die Mitarbeiterzahl nicht aus dem konsolidierten Abschluss hervorgeht, wird sie durch Addition der Mitarbeiterzahlen aller mit diesem Unternehmen verbundenen Unternehmen berechnet.

^(**) in 1 000 EUR.

Die Angaben aus der Zeile „Insgesamt“ dieser Tabelle sind in Zeile 1 der Tabelle im Anhang der Erklärung einzutragen.

Angaben zur Identität der durch Konsolidierung einbezogenen Unternehmen

Verbundenes Unternehmen (Name/Bezeichnung)	Anschrift (Firmensitz)	Register- bzw. MwSt.-Nummer ^(*)	Name und Titel des/der Unternehmensleiter(s) ^(**)
A.			
B.			
C.			
D.			
E.			

^(*) Von den Mitgliedstaaten entsprechend ihrem Bedarf festzulegen.

^(**) Vorsitzender („Chief executive“), Generaldirektor o. Ä.

Wichtiger Hinweis: Die Partnerunternehmen eines solchen verbundenen Unternehmens, die nicht durch Konsolidierung einbezogen sind, sind wie direkte Partner des Antrag stellenden Unternehmens zu behandeln. So sind ihre Angaben in Anhang A einzutragen, und es ist ein Beiblatt „Partnerunternehmen“ beizufügen.

Im Fall 2: Für jedes verbundene Unternehmen (einschließlich Verbindungen über andere verbundene Unternehmen) ist ein Beiblatt „Verbundenes Unternehmen“ auszufüllen. Außerdem sind die Werte aller verbundenen Unternehmen in die nachstehende Tabelle B(2) einzutragen und zu addieren.

⁽¹⁾ Definition, Artikel 6 Absatz 2 Unterabsatz 2.

Tabelle B(2)

Unternehmen Nr.:	Mitarbeiterzahl (JAE)	Umsatz (**)	Bilanzsumme (**)
1. (*)			
2. (*)			
3. (*)			
4. (*)			
5. (*)			
Insgesamt			

(*) Für jedes Unternehmen ein Beiblatt „Verbundenes Unternehmen“ beifügen.

(**) In 1 000 EUR.

Die Angaben aus der Zeile „Insgesamt“ dieser Tabelle sind in Zeile 3 (zu den verbundenen Unternehmen) der Tabelle im Anhang der Erklärung einzutragen.

BEIBLATT „VERBUNDENES UNTERNEHMEN“ — Nr. ...

(nur für Unternehmen auszufüllen, die nicht durch Konsolidierung einbezogen sind)

1. Angaben zur Identität des Unternehmens

Name bzw. Firmenbezeichnung:

Anschrift (Firmensitz):

Register- oder MwSt.-Nummer ⁽¹⁾:Name und Titel des/der Unternehmensleiter(s) ⁽²⁾:

2. Angaben zu dem Unternehmen

Bezugszeitraum:

	Mitarbeiterzahl (JAE)	Umsatz ^(*)	Bilanzsumme ^(*)
Insgesamt			

^(*) In 1 000 EUR.

Diese Angaben sind in Tabelle B(2) des Anhangs B einzutragen.

Wichtiger Hinweis: Die Daten der mit dem Antrag stellenden Unternehmen verbundenen Unternehmen ergeben sich aus deren gegebenenfalls konsolidierten Abschlüssen und sonstigen Daten. Sie werden mit den anteiligen Daten der eventuellen Partnerunternehmen der verbundenen Unternehmen, die diesen direkt über- oder untergeordnet sind, aggregiert, wenn die Daten der Partnerunternehmen nicht bereits in einen konsolidierten Abschluss einbezogen sind ⁽³⁾.

Solche Partnerunternehmen, sind wie direkte Partner des Antrag stellenden Unternehmens zu behandeln. Ihre Angaben sind in Anhang A einzutragen, und es ist ein Beiblatt „Partnerunternehmen“ beizufügen.

⁽¹⁾ Von den Mitgliedstaaten entsprechend ihrem Bedarf festzulegen.⁽²⁾ Vorsitzender („Chief executive“), Generaldirektor o. Ä.⁽³⁾ Sind die Daten zu einem Unternehmen mit einem geringeren Anteil in den konsolidierten Abschluss einbezogen als in Artikel 6 Absatz 2 vorgesehen, so ist trotzdem der in diesem Artikel vorgesehene prozentuale Anteil zu verwenden (Definition, Artikel 6 Absatz 3 Unterabsatz 2).

Berichtigung

Berichtigung der der Mitteilung 2003/C 118/03 der Kommission beigefügten Erläuterung zu den Unternehmenstypen und zur Berechnung ihrer Mitarbeiterzahlen sowie ihrer finanziellen Schwellenwerte.

(Amtsblatt der Europäischen Union C 118 vom 20. Mai 2003)

Auf Seite 8 des Amtsblatts, in der Erläuterung zu den Unternehmenstypen und zur Berechnung ihrer Mitarbeiterzahlen sowie ihrer finanziellen Schwellenwerte, erhalten unter „Typ 2: Partnerunternehmen“ in Absatz 2 die beiden ersten Gedankenstriche folgende Fassung:

- es am Kapital oder an den Stimmrechten dieses Unternehmens einen Anteil von mindestens 25 % hat oder wenn das andere Unternehmen am Kapital oder an den Stimmrechten des Antrag stellenden Unternehmens einen Anteil von mindestens 25 % hat und*
- die Unternehmen keine verbundenen Unternehmen im unten beschriebenen Sinne sind, was u. a. bedeutet, dass keines der beiden Unternehmen über mehr als 50 % der Stimmrechte des anderen Unternehmens verfügt, und*

Die Fußnote (3) wird gestrichen.

Unter „Typ 3: Verbundenes Unternehmen“ werden in Absatz 1 Satz 1 die Wörter „des Kapitals oder“ gestrichen.

Maßnahmen gegen einen Missbrauch der Definition

Eines der Hauptziele der neuen Definition besteht darin, zu gewährleisten, dass Unterstützungsmaßnahmen nur jenen Unternehmen zugute kommen, die sie tatsächlich benötigen. An dieser Stelle ist hervorzuheben, dass die Definition verschiedene Maßnahmen zur Verhinderung von Umgehungen beinhaltet. Damit soll erreicht werden, dass von den Förderprogrammen ausschließlich Unternehmen profitieren, bei denen es sich tatsächlich um KMU handelt. In diesem Sinne darf der in dem vorliegenden Handbuch dargelegte vereinfachte Ansatz nicht dazu dienen, eine künstliche Unternehmensarchitektur zu rechtfertigen, die auf eine Umgehung der Definition abzielt.

So gilt z. B. ein Unternehmen mit drei Investoren, die jeweils einen Anteil von 20 % am Kapital oder an den Stimmrechten halten, nicht als eigenständig, sondern als mit einer Unternehmensgruppe verbunden, wenn die drei Investoren selbst – entweder direkt oder über eines bzw. mehrere Unternehmen – miteinander verbunden sind (siehe Artikel 3 der Definition und Beispiel auf S. 30).

Ferner sind bei der Berechnung der Daten eines Unternehmens auch die Beziehungen zwischen Unternehmen über natürliche Personen zu berücksichtigen, wenn

- die betreffenden Unternehmen mit der natürlichen Person im Sinne von Artikel 3 Absatz 3 der Definition verbunden sind;
- sie sich auf demselben Markt oder auf benachbarten Märkten betätigen (der Begriff „benachbarter Markt“ ist in Artikel 3 Absatz 3 definiert).

In der EU der 25 Mitgliedstaaten gibt es

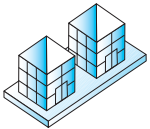
- etwa 23 Mio. KMU,
- die 99 % aller EU-Unternehmen ausmachen und
- rund 75 Millionen Menschen beschäftigen.

KMU-Schwellenwerte

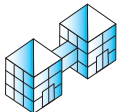
Kleinstunternehmen	Beschäftigte: < 10
	Umsatz: ≤ 2 Mio. EUR
	Bilanzsumme: ≤ 2 Mio. EUR
Kleines Unternehmen	Beschäftigte: < 50
	Umsatz: ≤ 10 Mio. EUR
	Bilanzsumme: ≤ 10 Mio. EUR
Mittleres Unternehmen	Beschäftigte: < 250
	Umsatz: ≤ 50 Mio. EUR
	Bilanzsumme: ≤ 43 Mio. EUR



Eigenständige
Unternehmen



Partner-
unternehmen



Verbundene
Unternehmen

Häufig verwendete Abkürzungen

EIB: Europäische Investitionsbank
EIF: Europäischer
Investitionsfonds
EU: Europäische Union
JAE: Jahresarbeitseinheit
FuE: Forschung und Entwicklung
KMU: Kleine und mittlere
Unternehmen



ISBN 92-894-7907-8



9 789289 479073